

Text

1 Zukunft entscheidet sich hier!

2 Unser Marburg ist eine schöne, weltoffene und lebendige Stadt. Viele
3 Marburger*innen sind aktive, engagierte Menschen, denen der Gedanke an eine
4 nachhaltige, lebenswerte Zukunft am Herzen liegt. In der Pandemie hat Marburg
5 mit viel ehrenamtlichem Engagement gezeigt, dass die Menschen hier
6 zusammenhalten und füreinander eintreten.

7 Die Grünen haben maßgeblich über viele Jahre mit dazu beigetragen, dass Marburg
8 Vorreiter in so wichtigen Bereichen wie der Teilhabe aller am Leben in dieser
9 Stadt, der Förderung von Kindern und Jugendlichen ab der frühen Kindheit, der
10 Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung, dem Klimaschutz und der kulturellen
11 Vielfalt wird.

12 Die letzten vier Jahre unter einer rot-schwarzen Regierung waren geprägt von
13 vielen Versprechungen, aber nur wenigen Umsetzungen. Medienwirksam wurden Dinge
14 angekündigt, aber nur zaghaft oder oberflächlich wurden die Probleme angegangen,
15 nachhaltige Lösungen sucht man vergebens.

16 Vier Jahre unter Rot-Schwarz waren verschwendete Jahre für den Klimaschutz in
17 Marburg.

18 Der verabschiedete Klimaaktionsplan ist zwar ein Schritt in die richtige
19 Richtung, allerdings wenig ambitioniert, viel zu unkonkret und ohne klaren
20 Zeitplan, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden sollen. Das wird insbesondere
21 im Kontext des Ausbaus der erneuerbaren Energien bei der Windkraft deutlich, wo
22 keine klare Strategie, geschweige denn eine Zustimmung der Regierungsparteien
23 zur Windkraft erkennbar ist.

24 Halbherzigkeit auch in Sachen Mobilität: Anstatt die notwendige Verkehrswende
25 anzugehen, Radverkehr und ÖPNV auszubauen und Fußgänger*innenverkehr attraktiver
26 zu gestalten, werden für viel Geld Konzepte über Konzepte in Auftrag gegeben und
27 Marketingkampagnen durchgeführt.

28 Rot-Schwarz hat keine Lösungen für die wachsenden Verkehre auf die Lahnberge, zu
29 den Behringwerken und dem Görzhäuser Hof und in die Außenstadtteile bietet und
30 Angebote für Bewohner*innen und Beschäftigte schafft.

31 Konkret werden SPD, CDU und BfM nur beim Autoverkehr, wie die Diskussionen um
32 den Allnatalweg oder den Behringtunnel gezeigt haben oder der Versuch des
33 Oberbürgermeisters, die B3 in eine Autobahn umzuwandeln.

34 Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit, auch hier bei uns in
35 Marburg.

36 Das Mietniveau steigt seit Jahren kontinuierlich, Fälle von Verdrängung von
37 Mieter*innen häufen sich und zu wenig bezahlbarer Wohnraum entsteht. So hat die
38 städtische GeWoBau seit 2016 lediglich 12 Sozialwohnungen gebaut! Zu allem
39 Überfluss wird die so wichtige Sozialquote nach Belieben ausgesetzt und zur

40 Verhandlungsmasse. Trotz aller Beteuerungen mehr Sozialwohnungen zu bauen, ist
41 dies ein wohnungspolitisches Armutszeugnis.

42 Den in die Höhe schnellenden Mieten und der Gentrifizierung in den
43 Bestandsquartieren wollen SPD, CDU und BfM nicht begegnen. Vielmehr unterwirft
44 die rot-schwarze Regierung die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ihrem
45 fatalen Dogma „bauen, bauen, bauen“, um Marburg über Gebühr und zu Lasten des
46 Umlands wachsen zu lassen. Statt eine Kooperation mit unseren Nachbargemeinden
47 anzustreben, heißt die Devise Konfrontation durch Abhängen des Umlandes.

48 Den Flächenfraß dieser Politik scheint man billigend in Kauf zu nehmen. Hinzu
49 kommt der fehlende Blick für die schwindende ökologische Lebensqualität
50 (Frischluftzufuhr, Verkehrszuwachs, Verlust von Grünflächen) durch zu stark
51 versiegelte Flächen in der Kernstadt. Darüber darf aber nicht geschwiegen
52 werden, wenn der Klimawandel ernstgenommen werden soll.

53 Gebrochene Versprechungen und Irritationen bei der Kinderbetreuung unter Rot-
54 Schwarz:

55 Die Ankündigung, dass die Kitagebühren für alle Kinder also auch der unter
56 Dreijährigen entfallen sollen, wurde nicht eingehalten. Vielmehr wurde der
57 Versuch unternommen, die Betreuungszeiten zu verkürzen und die KiTa-Gebühren zu
58 erhöhen. Der plötzliche Umschwung kam erst durch das Handeln der Hessischen
59 Landesregierung in dieser Frage. Die Gebühren für die U3-Betreuung sind jedoch
60 geblieben.

61 Der Altenheimbau in der Sudetenstraße am Richtsberg zeigt, dass sich die
62 Altenpolitik in Marburg in eine falsche Richtung entwickelt: Statt der
63 notwendigen und von vielen Menschen gewünschten, dezentralen Altenversorgung in
64 den Quartieren entsteht aus Kostengründen nun ein großes Altenheim, das 50
65 Prozent teurer wird als geplant.

66 Unter den freien Trägern der sozialen Wohlfahrtspflege herrscht Verunsicherung
67 seit den unnötigen Sparmaßnahmen im Jahr 2017. Statt einem klaren Bekenntnis zu
68 einer soliden Ausfinanzierung wurden Abhängigkeiten geschaffen und Mittel müssen
69 jährlich aufs Neue beim Oberbürgermeister erbeten werden. Die freien Träger sind
70 zu Bittstellern degradiert worden, statt ihre für den sozialen Zusammenhalt in
71 unserer Stadt so wichtige Arbeit entsprechend wertzuschätzen.

72 Weniger Investitionen in unsere Schulen durch BiBaP kennzeichnen die
73 Bildungspolitik von SPD, CDU und BfM. Stattdessen erleben wir nur ein
74 Politikmarketing, das aber den Bedarfen nicht gerecht wird. So besitzt die
75 größte Schule in der Sportstadt Marburg keine richtige Sporthalle und musste
76 sich bei den bereitgestellten Investitionsmitteln zwischen
77 naturwissenschaftlichen Räumen oder Klassenzimmern für alle entscheiden.

78 Wir GRÜNEN stehen für den Wandel. Wir haben die Ideen für die Zukunft und wollen
79 die Herausforderungen der Zukunft sozial und ökologisch gestalten. Deshalb
80 bitten wir bei den Kommunalwahlen in Hessen am 14. März 2021 um ihre Stimme für
81 eine klimafreundliche, nachhaltig wirtschaftende und sozial gerechte Politik in
82 Marburg. Wir GRÜNEN wollen Verantwortung für unsere Stadt übernehmen und die
83 kommenden fünf Jahre im Zeichen einer sozial-ökologischen Politik gestalten.

84 Gerne wollen wir die Zukunft mit Ihnen und Euch, den Marburger*innen, gemeinsam
85 gestalten. Für große Aufgaben braucht es einen guten gesellschaftlichen
86 Zusammenhalt.

87 Bildungsstadt Marburg: Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen

88 Kindergärten und KiTas

89 Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule. Schon im frühkindlichen Alter
90 werden Kinder durch ihre Mitwelt entscheidend geprägt. Krippe und KiTa sind die
91 ersten Lernorte, die Kinder in ihrer Bildungsbiographie besuchen. Wir brauchen
92 in der Zukunft einen besseren Betreuungsschlüssel, um eine gute Qualität des
93 Angebots im frühkindlichen Bereich sicherzustellen. Auch die Tagespflege braucht
94 eine ganzheitliche und dauerhafte Unterstützung.

95 Speziell Einrichtungen wie Waldkindergärten sind wichtige Impulsgeber für eine
96 naturnahe Erziehung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erlernen eines
97 wertschätzenden Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. KiTas als Orte
98 des Lernens wollen wir deshalb weiter stärken, damit sie ihren Bildungsauftrag
99 unter bestmöglichen Bedingungen erfüllen können. Durch eine enge Zusammenarbeit
100 mit lokalen Initiativen wollen wir dauerhaft und ganzheitlich Angebote aus dem
101 Bereich "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" als Bestandteile des
102 Bildungsprofils etablieren. Es darf hier nicht bei zeitlich begrenzten Projekten
103 bleiben, die allein vom Engagement einzelner Erzieher*innen und Lehrer*innen
104 abhängig sind.

105 Wir GRÜNEN wollen:

- 106 • eine umfassende Bedarfsermittlung der Betreuungsplätze im frühkindlichen
107 Bereich mit dem Ziel der Verbesserung des Betreuungsschlüssels;
- 108 • den Ausbau von Tagespflege; nachhaltige Unterstützung und
109 Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen;
- 110 • feste Finanzierungsstrukturen, die für die Zusammenarbeit mit lokalen
111 Initiativen ausgewiesen sind, um Themen aus dem Bereich Nachhaltigkeit
112 dauerhaft in Bildungseinrichtungen zu verankern;
- 113 • flexible Modelle entwickeln, um berufstätigen und studierenden Eltern
114 sowie Alleinerziehenden zu helfen, die Kleinstkinder haben.

115 Schule

116 Schulen, Kindertagesstätten, die Volkshochschule, aber auch Musikschule und
117 außerschulische Bildungseinrichtungen brauchen einen verlässlichen und
118 auskömmlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht ihren Bildungsauftrag zu erfüllen.
119 Dazu gehört für uns auch das Thema Digitalisierung, das viele Bereiche der
120 Bildung überspannt. Wir wollen eine Digitalisierungsstrategie, die die Chancen
121 von Technologien nutzt und zugleich konsequent nach Standards des Datenschutzes
122 ausgerichtet ist. Digitalisierung ist dann ein Schlüssel zu mehr Teilhabe, wenn
123 ein Maßnahmenkatalog soziale Faktoren zur Grundlage hat.

124 Eine Schlüsselrolle zu mehr Bildungsgerechtigkeit nimmt für uns GRÜNE die
125 Ganztagschule ein. Sie sorgt für mehr soziale Teilhabe insbesondere für Kinder
126 und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen oder mit einer

127 Zuwanderungsgeschichte. Einrichtungen mit Ganztagsbetreuung wollen wir gezielt
128 unterstützen und stärken.

129 Doch der Ausbau von Betreuungsinfrastruktur kann nur ein Schritt sein, um mehr
130 Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Daneben brauchen wir dringend Investitionen
131 in die Schulgebäude unserer Stadt. Das aufgelegte "BiBaP"-Programm steht hinter
132 den Erwartungen deutlich zurück und geht mit einem zu geringem
133 Investitionsvolumen von 30 Mio. Euro aus unserer Sicht an den Bedarfen der
134 Schulen vorbei. Vor allem im Bereich der Sportanlagen sehen wir dringenden
135 Handlungsbedarf.

136 Im Bereich der Antidiskriminierung haben Schulen eine wichtige Funktion in der
137 Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Dadurch können sie der gesellschaftlichen
138 Spaltung entgegenwirken. Wir unterstützen Schulen, die zu "Schulen ohne
139 Rassismus" werden und wollen den Dialog zwischen Bildungseinrichtungen und
140 migrantischen Organisationen sowie lokalen Initiativen fördern, die sich für
141 Geflüchtete einsetzen. Rassismuskritische Bildungsangebote müssen dauerhaft
142 ihren Platz im Schulalltag finden und in alle Strukturebenen hineinreichen.
143 Neben Schulen nimmt hier auch die Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle ein.
144 Vor allem Bildungseinrichtungen können Vorreiter dafür sein, Diversität positiv
145 als "neue Normalität" zu leben. Den Girls und Boys Day sehen wir als gute
146 Möglichkeit Geschlechterrollen zu hinterfragen. Diesen wollen wir fördern indem
147 wir zum einen noch mehr Unternehmen in der Universitätsstadt Marburg zum
148 Mitmachen gewinnen und zum anderen in der eigenen Verwaltung diesen Tag
149 innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten verstetigen, um so noch mehr
150 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben an diesem Tag teilzunehmen.
151 Der Girls und Boys Day kann allerdings nur ein Anfang sein, um feste
152 Geschlechterrollen zu durchbrechen. Um geschlechtliche Vielfalt darüber hinaus
153 sichtbar zu machen und Vorurteile abzubauen, müssen Themen zu sexueller
154 Orientierung und geschlechtlicher Identität noch stärker in die Schulen getragen
155 werden. Sensibilisierung von Schüler*innen und Lehrer*innen kann beispielsweise
156 mit Workshops, wie z.B. denen von SCHLAU Hessen, erfolgen.

157 Wir GRÜNEN wollen:

- 158 • Unterstützung und Weiterentwicklung unseres Kinder- und Jugendparlaments,
159 das als Sprachrohr und Demokratieinstrument zurecht überregionale
160 Beachtung findet;
- 161 • Förderung der Schulvielfalt in Marburg, auch durch die Unterstützung der
162 Schulen in freier Trägerschaft;
- 163 • ein ambitionierteres Schulbauprogramm mit größerem Investitionsvolumen,
164 insbesondere zur Erweiterung der Sporthallen, etwa an der Elisabethschule;
- 165 • massive Investitionen in die digitale Infrastruktur ab der Grundschule;
166 dazu gehört eine konsequente Wartungsstrategie, die nur durch deutliche
167 personelle Aufstockung gewährleistet werden kann;
- 168 • Sichere Schulwege durch Ausbau des Radwegenetzes und konsequente
169 Verkehrsberuhigung der Leopold-Lucas-Straße;
- 170 • Kindern und Jugendlichen in den Schulmensen und Betreuungseinrichtungen
171 gute und ausgewogene Verpflegung in KiTa und Schule anbieten. Das Essen

- 172 soll biologisch, regional, gentechnikfrei und pflanzenbetont sein.
 173 Unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche der Kinder und Jugendlichen
 174 sollen Berücksichtigung finden. Zur Überprüfung soll eine regelmäßige
 175 Evaluation der Schulgemeinden dazu dienen, das Angebot an den Bedürfnissen
 176 der Nutzer*innen zu orientieren;
- 177 • eine Unterstützung von und proaktive Zusammenarbeit mit außerschulischen
 178 Lernorten, wie etwa dem Jugendwalheim Roßberg im Ebsdorfergrund oder dem
 179 Bildungshaus am Teufelsgraben;
 - 180 • die Weiterentwicklung von inklusiven Unterrichts- und Ganztagsangeboten an
 181 Marburger Schulen im Rahmen des "Paktes für den Nachmittag";
 - 182 • kostenlosen Unterricht an der Musikschule und der Kunstwerkstatt für
 183 Kinder und Jugendliche;
 - 184 • die Angebote und Initiativen der "Bildung für eine nachhaltige
 185 Entwicklung" sollen ausgebaut und weiter unterstützt werden. Die Themen
 186 Ökologie und Nachhaltigkeit müssen einrichtungsintern verankert werden:
 187 dies reicht von der energetischen Sanierung der Schulgebäude bis hin zur
 188 strukturierten Zusammenarbeit mit lokalen Bildungsträgern;
 - 189 • rassismuskritische Bildungsangebote in der Schule sowie in der
 190 Erwachsenenbildung fördern im Dialog mit lokalen Initiativen.
 - 191 • Förderung des Girls und Boys Days sowie Projekte zu sexueller Orientierung
 192 und geschlechtlicher Identität

193 **Universität und Studierende – Forschung und Lehre auf hohem Niveau**

194 Nicht nur die großen Unineubauten auf den Lahnbergen und in der Innenstadt
 195 dokumentieren die Bedeutung der Philipps-Universität für Marburg.

196 Gerade die Neubauten des deutschen Sprachatlas und der neuen Zentralbibliothek
 197 verändern nicht nur den städtischen Raum, sie sind Ausweis der Universitätsstadt
 198 Marburg. Deshalb ist es uns Grünen ein vorrangiges Anliegen, die Kooperation mit
 199 der Universität weit zu kultivieren. Wir Grüne sehen die Stärkung der
 200 Universität in allen Belangen als integrativen Bestandteil der städtischen
 201 Politik.

202 In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit den anderen Parteien die Situation
 203 der am Klinikum Beschäftigten mehrfach zum Thema gemacht.

204 Wir werden auch weiterhin die Folgen der Privatisierung des Uniklinikum kritisch
 205 verfolgen und benennen. Genauso wichtig ist uns aber auch die Stärkung des
 206 medizinischen Fachbereichs und der Erhalt des Klinikums als Krankenhaus der
 207 regionalen Vollversorgung, der Spitzenmedizin und als universitärer Ort der
 208 Ausbildung und Lehre.

209 Die Attraktivität des Studienortes steht und fällt aber auch mit dem
 210 Vorhandensein ausreichenden Wohnraums für die Studierenden. Auch dazu wollen wir
 211 weiterhin Sozialwohnungen bauen und das Studentenwerk unterstützen, um mehr
 212 studentischen Wohnraum zu realisieren.

213 Damit Universität und Stadt sich noch mehr gegenseitig befruchten können, wollen
214 wir Grüne einen weiteren Ausbau der Kooperationen. Es sind noch mehr
215 gegenseitige Transparenz in den jeweiligen Planungen, gemeinsame Aktionen
216 wichtig, um einerseits Studierenden die Stadt näher zu bringen und andererseits
217 der länger ansässigen Bevölkerung die universitäre Vielfalt darzustellen.

218 Wir GRÜNEN wollen:

- 219 • im Rahmen des bundesweiten Programms "Engagierte Stadt", getragen durch
220 die Freiwilligenagentur, Studierende vermehrt zu sozialem, kulturellem und
221 ökologischen Engagement in Marburg ermutigen;
- 222 • gerade im Bereich der durch Drittmittel finanzierten Forschung die
223 Universität weiterhin dazu drängen, eine Zivilklausel zu verabschieden,
224 die militärische Forschung verbietet;
- 225 • dass die städtischen Gremien auf die Universität einwirken, damit
226 Tierversuche in der Forschung nachhaltig beendet werden. Tierschutz muss
227 auch in der Forschung gelten.

228 Erlebnis Marburg: Nachhaltiger Tourismus

229 Marburg ist eine touristisch attraktive Stadt und lädt mit seiner schönen
230 Umgebung und seinen Sehenswürdigkeiten zum Besuch ein: Marburgs Geschichte und
231 das Kulturangebot zum Tagesausflug einerseits, das Lahntal zum Aktivurlaub
232 andererseits. Deshalb haben insbesondere auch die Weiterentwicklung kultureller
233 Angebote und die ökologische Stadt- und Landschaftsentwicklung eine hohe
234 Bedeutung für die zukunftsorientierte Stärkung der touristischen Attraktivität.
235 Die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet und zum touristisch sich entwickelnden Nordhessen
236 lädt dazu ein, nach Marburg zu kommen. In erster Linie lebt Tourismus aber auch
237 von neuen Ideen und Innovationen. Ein wichtiges Stichwort für uns ist dabei der
238 barrierefreie Tourismus. Und: Der Tourismus sollte nachhaltig gestaltet werden,
239 sozial gerecht und kulturell angepasst, ökologisch tragfähig und wirtschaftlich
240 sinnvoll sein. Mit diesem Anspruch wollen wir unseren örtlichen Tourismus
241 gestalten und möglichst breit dafür werben.

242 Wir sind sicher, dass wir damit noch attraktiver nicht nur für inländische,
243 sondern auch für ausländische Gäste werden. Die Besucher*innen Marburgs sind
244 häufig Familien und ältere Menschen, die sich für das besondere städtische Flair
245 interessieren. Aber auch immer mehr internationale Gäste finden den Weg nach
246 Marburg. Sie kommen als Touristen oder als Kongress- bzw. Tagungsteilnehmer für
247 einige Tage. Für alle spielen die Besonderheiten der Stadt eine bedeutsame
248 Rolle: Neben den einzigartigen Baudenkmalern, wie dem Schloss, der
249 Elisabethkirche, und den mittelalterlichen Straßen und Häusern sind dies die
250 besondere Landschaft und Lage. Marburg, eine Stadt am Berg umgeben von Bergen,
251 eine Stadt der Treppen, eine Stadt, die öffentliche Aufzüge als Verkehrsmittel
252 einsetzt - in Zukunft mit Hilfe moderner Antriebstechnologie. Diese
253 Besonderheiten wollen wir besser verbunden und vernetzt sehen mit freundlichem
254 Empfang, Gastfreundschaft und Verständigungsbereitschaft, damit die Besucher
255 sich wohlfühlen und Marburg positiv und weltoffen erleben. Hierfür muss die
256 nötige Infrastruktur durch eine inhaltliche Vernetzung der Ressourcen weiter
257 verbessert werden.

258 Infrastruktur

259 Wir müssen an der Verkehrsanbindung ansetzen. Marburg ist mit dem Auto und der
260 Bahn gut zu erreichen. Der Bahnhofsvorplatz ist neu gestaltet und bietet den mit
261 der Bahn anreisenden Besucher*innen einen schönen Empfang. Gäste, die mit dem
262 Fahrrad anreisen, finden jedoch beispielsweise am Bahnhof eine mangelhafte
263 Infrastruktur vor. Hier müsste dringend ein Fahrradparkhaus entstehen, das
264 seinen Namen verdient und einen ähnlichen Komfort wie PKW-Parkhäuser bietet.
265 Auch zu Fuß kommen immer mehr Menschen nach Marburg oder verbringend wandernd
266 eine schöne Zeit im reizvollen Marburger Umland. Hier fehlt es an einem
267 einheitlichen Wege-Leitsystem und an offiziellen Wanderwegen.

268 Touristische Attraktionen und Highlights, aber auch Kulturveranstaltungen
269 sollten den Besucher*innen im Rahmen eines Leitsystems möglichst barrierefrei,
270 das meint auch mehrsprachig, kommuniziert und erfahrbar gemacht werden. Marburg
271 braucht auch eine BesucherCard. Eine Tageskarte, die einerseits Fahrschein für
272 den ÖPNV und andererseits auch Eintrittskarte für die Marburger Museen und
273 weitere Attraktionen wie z.B. den Kaiser-Wilhelm-Turm ist.

274 Wir GRÜNEN wollen:

- 275 • ein mehrsprachiges, touristisches Besucherleitsystem, sowohl digital als
276 auch analog einführen;
- 277 • die Barrierefreiheit in den Museen ausbauen;
- 278 • eine bessere Vernetzung der Marburger Highlights und Attraktionen;
- 279 • eine bessere Anbindung an das Schloss;
- 280 • eine BesucherCard, die über unterschiedliche Kanäle vermarktet wird,
281 einführen.

282 Vernetzung

283 Marburg hat viele Museen und Sammlungen, die jedoch inhaltlich untereinander
284 besser vernetzt, zeitgemäß erneuert und nach außen hin besser und einheitlich
285 präsentiert werden müssen. Darüber hinaus ist das Schlossareal in seiner
286 inhaltlichen Aufbereitung und Anbindung an die Museen unbedingt zu verbessern.

287 Die Geschichte Marburgs muss ansprechender präsentiert werden. Hierzu soll das
288 Schloss ein kombiniertes Stadt- und Universitätsmuseum bekommen, in dem in
289 Zusammenarbeit mit den Museen, den Schulen und der Universität Projekte
290 etabliert werden, die das Areal zu einem erlebbaren Ort Stadtgeschichte und zu
291 einem außerschulischen Lernort machen könnten. Hier sollte im Dialog mit der
292 Universität und dem Land Hessen ein neuer Schub für das alte Gemäuer des
293 Schlosses entstehen.

294 In den Marburger Museen und Sammlungen schlummert ein Potential, das nicht
295 wirklich genutzt wird. Die Gründe sind organisatorischer oder kommunikativer
296 Natur. Unser Ziel ist es, mehr gemeinsame Projekte, einheitliche Öffnungszeiten
297 und einen gemeinsamen Auftritt – analog wie auch online – im Sinne einer
298 Dachmarke in Zusammenarbeit von städtischer Verwaltung, Universität und der
299 „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ (MSLT) zu etablieren. Hier sind die
300 Museen und MSLT gefordert, eine bessere Kommunikation der Museen untereinander
301 und deren Präsentation gegenüber den Besuchern zu organisieren.

302 Wir GRÜNEN wollen:

- 303 • eine Verbesserung des Schloss-Areals,
- 304 • das Schloss besser präsentieren und als außerschulischen Lernort
305 etablieren,
- 306 • ein kombiniertes stadt- und universitätsgeschichtliches Museum im Schloss,
- 307 • eine Aufwertung und Verbesserung des Areals im Bereich der
308 Aussichtsplattform am Kaiser-Wilhelm-Turm zur Schaffung einer neuen
309 Aufenthaltsqualität (Bodenbelag, Sitzmöglichkeiten, Hinweisschilder)
- 310 • die Angebote und öffentlichen Auftritte der Museen vernetzen und
311 Zusammenarbeit - insbesondere mit der Universität - stärken,
- 312 • eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Museen und der MSLT.

313 Nachhaltigkeit

314 Ein nachhaltiger Tourismus zeichnet sich insbesondere durch Wander- und
315 Fahrradtourismus aus. Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Ausflugsziele
316 autounabhängig zu erreichen sind. Dazu ist einerseits der Fahrradverleih (E-
317 Bikes) auszubauen, andererseits müssen die Wegemarkierungen verbessert und
318 einheitlich gestaltet werden, z.B. auf den Lahnbergen oder im Bereich des
319 Stadtwalds.

320 Bisher haben mit dem Fahrrad anreisende Touristen zu wenig Beachtung gefunden;
321 das fängt schon bei den Abstellmöglichkeiten an. Am Marburger Süd- und
322 Hauptbahnhof muss dringend eine verbesserte Struktur für Fahrradfahrende
323 geschaffen werden.

324 Die Marburger Jugendherberge befindet sich in einem schlechten Zustand.
325 Vielversprechende Planungen für einen Neubau existieren und sind bereits im
326 Ortsbeirat Weidenhausen sowie im Gestaltungsbeirat diskutiert worden. Bedingt
327 durch die Corona-Pandemie und damit zusammenhängende, finanzielle Probleme beim
328 Hessischen Jugendherbergswerk können diese Planungen nicht umgesetzt werden.
329 Stadt und Land Hessen müssen hier insbesondere finanziell die entsprechenden
330 Weichen stellen, um den Neubau zu ermöglichen und eine Wiederaufnahme des
331 Jugendherbergsbetriebs zu gewährleisten. Diese Form des Tourismus ist
332 zukunftsfähig und darf in Marburg nicht auf das Abstellgleis gesetzt werden.

333 Wir GRÜNEN wollen:

- 334 • dass die Stadt Marburg nachhaltige touristische Angebote bereithält (z.B.
335 auch Tourenvorschläge für Wander- und Radtourismus);
- 336 • dass die Stadt in Absprache mit externen Partnern, z.B. der Deutschen
337 Bahn/Ameropa besondere Angebote entwickelt, die Menschen nach Marburg
338 führen, die mit der Bahn anreisen wollen;
- 339 • dass ökologische und barrierefreie Tourismuskonzepte gefördert werden;
- 340 • dass Radleihmöglichkeiten (auch für E-Bikes) verbessert werden;
- 341 • einen Ausbau der Wander- und Spazierwege z.B. durch Optimierung der
342 Bodenbeläge;
- 343 • dass die Kennzeichnung der Wander- und Spazierwege verbessert wird, einer
344 einheitlichen Kennzeichnung folgt und einen Wiedererkennungswert hat;
- 345 • dass Wanderkarten und Hinweisschilder aktualisiert und verschönert werden.

346 Gesund leben in Marburg

347 Gesundheitsversorgung ist als Teil der Daseinsvorsorge eine wichtige öffentliche
348 Aufgabe. Hierfür ist die Bereitstellung eines adäquaten niederschwelligen
349 Zugangs und eine gute Erreichbarkeit für Alle eine unabdingbare Voraussetzung.
350 Die öffentliche Hand gemeinsam mit den Anbieter*innen von Gesundheitsleistungen
351 hat dafür Sorge zu tragen. Gleichzeitig sind wir alle auch für unsere Gesundheit
352 selber verantwortlich und müssen als mündige Patient*innen durch ausreichende
353 Informationen die Möglichkeit haben auf Augenhöhe mitzuzentscheiden. Grundlage
354 dafür ist eine gute Gesundheitskompetenz. Diese Kompetenz beschreibt
355 alltagspraktisches Wissen und Fähigkeiten im Umgang mit Gesundheit und
356 Krankheit, die primär über Kultur, Bildung, Erziehung und Herkunftserfahrung
357 vermittelt bzw. weitergegeben wird.

358 Unser Marburger Universitätsklinikum stellt gemeinsam mit dem
359 Diakoniekrankenhaus in Wehrda die stationäre Grundversorgung in der Region um
360 Marburg sicher. Gleichzeitig ist das Universitätsklinikum auch Ort der
361 Maximalversorgung und Spitzenmedizin, aber auch Ausbildungsstätte für angehende
362 Ärzt*innen, Pflegende, Physiotherapeut*innen und etliche andere Berufsgruppen.

363 Durch das gegenwärtige Finanzierungssystem ist es den Kliniken nahezu unmöglich
364 kostendeckend zu arbeiten. Hier sehen wir den Bund in der dringenden Pflicht,
365 die Kliniken besser auszustatten und so das Kliniksterben zu beenden. Wir halten
366 die Privatisierung des Marburger Uniklinikums unter der damaligen
367 Landesregierung von Roland Koch nach wie vor für falsch. Die Übernahme durch den
368 Asklepios-Konzern werden wir kritisch begleiten. Dringend notwendig sind
369 Pflegeschlüssel, um eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten. Gerade
370 in der Zeit der Pandemie zeigt sich, dass an der personellen Ausstattung der
371 Kliniken gespart wurde und dadurch der Versorgungsauftrag immer wieder gefährdet
372 ist.

373 Den eigentlichen Versorgungsauftrag hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Aber
374 auch die städtische Ebene kann und muss einen Beitrag dazu leisten, die

375 Versorgung sicherzustellen. Eine gute Verzahnung der Versorgung von Kranken und
376 Bedürftigen ist wesentlicher Bestandteil des Behandlungserfolgs. Wir wollen eine
377 bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Versorgungssäulen –
378 zwischen ambulant und stationär, sowie zwischen den verschiedenen
379 Gesundheitsfachberufen. Hier sollte der Dialog fest institutionalisiert werden.

380 Gerade außerhalb der Praxisöffnungszeiten bestehen oft große Unsicherheiten, wer
381 nun der richtige Ansprechpartner für gesundheitliche Sorgen und Probleme ist.
382 Diese Situation hat sich in der Pandemie noch verstärkt, bis hin zu
383 Befürchtungen vielleicht gar keine medizinische Versorgung zu erhalten. Hier
384 bedarf es mit städtischer Unterstützung besserer Aufklärung der Menschen, welche
385 Stelle der Versorgung für sie die Richtige ist.

386 Wir fordern, in den Einrichtungen für Geflüchtete die Gesundheitsberatung zu
387 verbessern, auch mit Hinblick auf notwendige Impfungen, und den Zugang zu einer
388 guten Krankenversorgung sicherzustellen.

389 Dies beinhaltet für uns elementar neben der somatischen auch eine
390 psychotherapeutische Versorgung dieser so oft schwer traumatisierten Menschen.
391 Unsere eigene Vergangenheit hat uns hier gelehrt, welche Auswirkungen
392 Kriegstraumata auf die direkt Betroffenen und auf die folgenden Generationen
393 haben.

394 Wir haben in Deutschland prinzipiell eines der besten Gesundheitssysteme der
395 Welt, doch es gibt auch bei uns Menschen, die durch das Netz fallen und keinen
396 direkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Hier möchten wir, dass in
397 Marburg eine Clearingstelle mit einer ärztlich geleiteten Sprechstunde für
398 Menschen im Asylverfahren, Menschen mit aufenthaltsrechtlicher Duldung und
399 Menschen mit abgelaufenem Aufenthaltstitel und sogenannte Illegalisierte
400 geschaffen wird.

401 Für Ältere und alte Menschen gilt: Daheim statt Heim. Die stadtteilbezogene und
402 quartiersbezogene Unterstützung, in eigener Häuslichkeit zu verbleiben,
403 beinhaltet Angebote der Wohnraumversorgung, altersgerechtes Umbauen und neue
404 Wohnformen. Eingerichtet werden sollten niedrigschwellige Betreuungsangebote,
405 Alltagsbegleiter*innen, die barrierefreie und bewegungsfördernde Gestaltung des
406 öffentlichen Raumes und die Bewegungs- und Mobilitätsförderung älterer Menschen.

407 Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention lebensweltbezogen gestalten –
408 zum Beispiel in den Kindergärten und Schulen. Krippen und Kindergärten sollen
409 als Familienzentren für die Eltern Möglichkeiten bieten, in einen Austausch über
410 verschiedene Themen wie Erziehungsfragen, Ernährung, Medienkonsum und die
411 Wichtigkeit des freien Spieles zu kommen. Wir wollen partizipative Konzepte, zum
412 Beispiel: einen „Nasch-garten“, oder „Grün macht Schule“, mit der aktiven
413 Einbeziehung der Kinder an der Schulhof- und Spielraumgestaltung.

414 Auch Bewegung wollen wir durch stadtteilbezogene, gesundheitsfördernde Netzwerke
415 in den Lebens- und Sozialräumen von Bewohnerinnen und Bewohnern fördern. Hier
416 möchten wir an den von der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“
417 geschaffenen Strukturen andocken.

418 Schwangere müssen ihren Geburtsort frei und selbstbestimmt wählen dürfen. Dass
419 nach dem Aus der Geburtshilfe im Krankenhaus in Biedenkopf dieser Bereich nun
420 auch im Diakonie-Krankenhaus Wehrda geschlossen wurde, ist ein schwerer Verlust
421 für die Region. Neben der Geburt in der Klinik müssen auch Geburten zu Hause

422 oder in Geburtshäusern möglich sein. Die weiter steigenden Haftpflichtprämien
423 erschweren den freiberuflich in der Geburtshilfe tätigen Hebammen den Beruf
424 enorm. Mittlerweile wurde hier auf Bundesebene durch den Sicherstellungszuschlag
425 zwar Entlastung geschaffen, trotzdem nimmt der Hebammenmangel vielerorts zu.
426 Hier sehen wir weiterhin den Bund in der Pflicht, den Hebammen eine finanzielle
427 auskömmliche Arbeit und den Frauen eine freie Wahl des Geburtsortes zu
428 ermöglichen. Solange der Bund hier keine Regelung bereithält, ist die Kommune
429 gefordert die Hebammen finanziell zu unterstützen.

430 Wir GRÜNEN wollen:

- 431 • Sicherstellung einer gut zugänglichen, wohnortnahen hausärztlichen
432 Versorgung;
- 433 • Standortstärkung der Marburger Kliniken;
- 434 • Bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Versorgung;
- 435 • Unterstützung der Palliativmedizin und der häuslichen Sterbebegleitung;
- 436 • Schaffung einer Clearingstelle für Menschen ohne Zugang zum
437 Gesundheitssystem;
- 438 • Programme für Kinder in Schulen und Kitas zur Bewegungsförderung;
- 439 • Finanzielle Unterstützung von Hebammen.
- 440 • im Rahmen geschlechtsspezifischer Gesundheitsangebote eine
441 Aufklärungskampagne zum Thema Männergesundheit

442 Gleichstellungspolitik in Marburg: Her mit dem guten Leben!

443 Grüne Sozialpolitik lebt von feministischen, auf Gleichstellung aller
444 Geschlechter abzielenden Forderungen und ist bestrebt, diese konsequent
445 umzusetzen. Unser Ziel ist es, Marburgs Status als offene, diverse Stadt zu
446 verteidigen und neben der Diskriminierung von Menschen, die behindert werden,
447 Altersdiskriminierung, Antisemitismus, Klassismus und Rassismus insbesondere
448 auch der Diskriminierung, die auf Geschlecht und Sexualität zurückzuführen ist,
449 keinen Raum zu bieten.

450 In einem ersten Schritt sind deshalb allgemeingesellschaftliche Fortschritte zu
451 forcieren: für uns ist eine dezidierte Kritik an bestehenden
452 Geschlechterstereotypen unabdingbar. Dabei ist es essenziell, nicht nur
453 weibliche Rollenbilder zu hinterfragen, sondern insbesondere auch Männer in den
454 Blick zu nehmen und einzubeziehen.

455 Wir GRÜNEN wollen:

- 456 • die Einstellung männlicher Erzieher in den städtischen Kindertagesstätten
457 unterstützen;
- 458 • Hospitationstage für Frauen bei der Feuerwehr etablieren;
- 459 • Angebote zur Entwicklung einer aktiven Vaterschaft unterstützen;
- 460 • eine kritische Auseinandersetzung mit stark ungleichen Besetzungen in
461 städtischen Gremien;
- 462 • Monitoring des Redeverhaltens bei städtischen Veranstaltungen und Gremien;
- 463 • Angebote für Frauen im Bereich Finanzen und Digitales, um Unabhängigkeit
464 zu fördern und zum Beispiel Altersarmut entgegenzuwirken.

465 Ebenso wichtig wie die gesamtgesellschaftliche Sichtbarkeit von
466 gleichstellungspolitischen Fragen ist es, Frauen und lesbischen, schwulen,
467 bisexuellen, trans, inter, queeren und asexuellen (LGBTIQ) Schutzräume zu bieten
468 und das Schweigen über geschlechter- bzw. sexualitätsbezogene Diskriminierung zu
469 brechen; bestehenden Strukturen wollen wir Entwicklungsspielräume ermöglichen
470 und deren Bestand sichern.

471 Wir GRÜNEN wollen:

- 472 • Benennung einer Ansprechperson für LGBTIQ in Jugendamt und
473 Stadtverwaltung. Dieser Aufgabenbereich soll durch eine dafür geschaffene
474 Stelle mit fester Mittelzuweisung abgedeckt werden.
- 475 • Förderung der Selbstorganisation queerer Menschen vor Ort
- 476 • Berücksichtigung von Gender/Sex in den Konzepten von
477 Jugendhilfeeinrichtungen;
- 478 • Erinnerungskultur zu LSBTI;
- 479 • Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen des Jugend- und
480 Einwohnermeldeamts;
- 481 • die Sensibilisierung städtischer Einrichtungen und freier Träger für die
482 Bedarfe älterer queerer Menschen
- 483 • Hygieneartikel für FIT-Personen in den sanitären Anlagen städtischer
484 Einrichtungen;
- 485 • Zusätzliche genderneutrale Toiletten bei Neubau/Sanierung seitens der
486 Stadt bzw. Umbenennung vorhandener Toiletten in öffentlichen Gebäuden
- 487 • Wickeltische in den Toiletten aller Geschlechter

488 Den Blick über den Tellerrand hinaus wollen wir nicht zuletzt auch durch
489 vielfältige Bildungs- und Beratungsangebote fördern. Wir unterstützen
490 ausdrücklich die Arbeit der freien Träger im sozialen und kulturellen Bereich
491 und ermutigen sie, kreative und innovative Konzepte zu entwickeln, welche

492 Gleichstellung in der Stadt als partizipative Angelegenheit begreifen und
493 vermitteln. Darüber hinaus wollen wir schon in der frühkindlichen Bildung
494 Konzepte zur kritischen Reflektion von Geschlechterbildern unterstützen.

495 Wir GRÜNEN wollen:

- 496 • einen Fachaustausch mit unseren (inter-)nationalen Partnerstädten zum
497 Thema Gleichstellung;
- 498 • den zusätzlichen Erwerb nicht stereotyper Literatur in Kindertagesstätten;
- 499 • eine Wiederholung des Frauenmentoring der Stadt;
- 500 • Verwaltungsinterne Fortbildungen für Frauen (z.B. Selbstbehauptung).

501 Als familienfreundliche Stadt wollen wir die Teilhabe von Familien weiter
502 verbessern. Wir sehen das Thema als Querschnittsthema, welches bei diversen
503 Anliegen mitberücksichtigt werden muss; wir sehen Familie dabei als vielfältiges
504 Gebilde mit ganz unterschiedlichen Lebensrealitäten, welche Eingang in
505 städtische Konzepte finden sollen.

506 In Zukunft wollen wir den Blick stärker auf Betreuung während ehrenamtlicher
507 Tätigkeit sowie städtischer Veranstaltungen richten. Für eine
508 familienfreundliche Gestaltung von Gremienarbeit und Teilnahme an städtischen
509 Veranstaltungen muss eine adäquate Kinderbetreuung nach den Bedürfnissen der
510 Betroffenen sichergestellt werden. Dazu sollen Veranstaltungskonzepte genau
511 betrachtet und wenn nötig angepasst werden. Eine geschlechtersensible Analyse
512 nach Teilhabe an Veranstaltungen kann hier eine Möglichkeit sein. Die
513 Erfahrungen mit den coronabedingten Einschränkungen von Veranstaltungen und die
514 damit verbundene Verlegung ins digitale bzw. die Ergänzung von Veranstaltungen
515 durch digitale Teilnahme wollen wir nutzen um Personen in Betreuungssituationen
516 eine angemessene Teilhabe zu ermöglichen.

517 Wir GRÜNEN wollen:

- 518 • bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie durch angepasste
519 Sitzungszeiten;
- 520 • Betreuungsangebote/-zuschuss bei städtischen Veranstaltungen, Gremien und
521 im Ehrenamt;
- 522 • Veranstaltungen der Stadt auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen
- 523 • Ausbau der Unterstützungsangebote für Alleinerziehende;
- 524 • Berücksichtigung von Familien bei größeren Infrastruktur- und
525 Bauprojekten;
- 526 • Thematisierung von Gewalt unter der Geburt und Erarbeitung von
527 Gegenstrategien.

528 Gerade für Frauen stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oft eine
529 besondere Herausforderung dar. Um echte Chancengleichheit zu ermöglichen, wollen
530 wir auch auf wirtschaftlicher Ebene ansetzen, um die Lücke zwischen den
531 Geschlechtern im Berufsleben zu schließen – der Equal Pay Day markiert, bis zu

532 welchem Tag im Jahr Frauen arbeiten müssen, um auf das gleiche Gehalt der
533 männlichen Mitbürger zu kommen. Dies ist ein wichtiges öffentliches Zeichen, das
534 uns klar auffordert, an dieser Stelle aktiv zu werden.

535 Wir GRÜNEN wollen:

- 536 • die Beratung hinsichtlich Teilzeitarbeit und Unterstützung bei
537 Wiederaufstockung;
- 538 • die Auslobung eines Equal-Pay-Preises, welcher vorbildliche Unternehmen
539 auszeichnet;
- 540 • Beratende Hilfen für Frauen am unteren Gehaltsrand;
- 541 • Gendersensible und gleichstellungsorientierte Auftragsvergabe seitens der
542 Stadt;
- 543 • Informationen zur Alterssicherung für Frauen;
- 544 • Geschlechterdifferenzierte Auswertung von städtisch gewährten
545 Betriebsrenten;
- 546 • Perspektivengespräche bei anstehender Elternzeit;
- 547 • Eine städtische Vereinbarung zur Frauenquote in Aufsichtsräten;
- 548 • Den Ausbau des städtischen Ausstiegsprogramms aus der Prostitution.

549 Trotz eines einsetzenden Wandels in der Gesellschaft ist Gewalt gegen Frauen
550 noch immer ein massives Problem, welches auch in Marburg fortwährend
551 thematisiert werden muss. Die Debatten um öffentliche und private Angsträume in
552 den vergangenen Jahren zeigen den dringenden Handlungsbedarf; nicht zuletzt
553 deshalb ist eine kostenfreie Rechtsberatung sowie Spurensicherung nach
554 sexualisierter Gewalt unabdingbar. Gemeinsam mit besonders vulnerablen
555 Frauengruppen wollen wir mehr Selbstorganisations-, Partizipations- und
556 Schutzräume erarbeiten. Dabei nehmen wir den Einfluss von
557 Mehrfachdiskriminierungen auf die Bedarfe, zum Beispiel von Frauen mit
558 Migrationsgeschichte, in den Blick.

559 Wir GRÜNEN wollen:

- 560 • gezielte Bildungsangebote schaffen;
- 561 • herkunftsprachliche Beratungen schaffen bzw. ausbauen;
- 562 • gemeinsam mit dem Frauenhaus und Fraueninitiativen Schutz vor
563 Retraumatisierung bieten;
- 564 • in Zusammenarbeit mit Gynäkolog*innen das Thema Genitalverstümmelung
565 sichtbar machen;
- 566 • eine Ausbildungsberatung für erwachsene, arbeitslose Frauen mit
567 Fluchtgeschichte anbieten.

568 Darüber hinaus sind uns die Bedarfe von Mädchen und Frauen mit Behinderung ein
569 wichtiges Anliegen. Denn wie auch Frauen mit Migrationsgeschichte haben sie mit
570 Mehrfachdiskriminierung zu kämpfen, haben also zusätzliche Hindernisse im Alltag
571 zu bewältigen. Die Thematisierung von Mehrfachdiskriminierung muss Basis jedes
572 feministischen Einsatzes für Gleichberechtigung sein.

573 Wir GRÜNEN wollen:

- 574 • einen Ausbau geschlechtsspezifischer Pflegeangebote;
- 575 • die Schaffung behindertengerechter Angebote des Frauenhauses sowie von
576 Beratungsstellen;
- 577 • die Stärkung von Peer-Beratungsangeboten;
- 578 • Gewaltprävention und -intervention in Einrichtungen der Behindertenhilfe;
- 579 • die Fortsetzung des Projekts SUSE (Hilfe bei Gewalt gegen Mädchen/Frauen
580 mit Behinderung).

581 Grundlegend ist ein hohes Maß an Selbstreflexion für uns GRÜNE sehr wichtig: Wir
582 sind gerade deshalb auf den engen Austausch mit Betroffenengruppen, Initiativen
583 und Verwaltungsmitarbeiter*innen angewiesen und stellen uns der Herausforderung,
584 auch hier immer wieder neue Ansätze zu erproben und bestehende Angebote zu
585 evaluieren.

586 Kultur in Marburg: Vielfältig und für alle

587 Kunst und Kultur ist für uns kein Luxus oder Sahnehäubchen in guten Zeiten,
588 sondern elementarer Bestandteil unseres Lebens. Die Corona-Pandemie hat auch das
589 kulturelle Leben in Marburg stark beeinträchtigt. Das vielfältige kulturelle
590 Leben in Marburg wollen wir auch nach der Krise bewahren. Gerade die Soziokultur
591 mit für weit über Marburg beachteten Zentren in Marburg KFZ, Trauma, Waggonhalle
592 sowie den vielen kleineren Akteuren setzt wichtige Impulse für gesellschaftliche
593 Dialoge und ist unbedingt schützenswert. Der Austausch mit lokalen Akteur*innen
594 und interkulturellen Initiativen ist dabei wichtig, um offen zu bleiben für neue
595 Kunstformen und kulturelle Strömungen. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen
596 wir in einem offenen Dialogprozess ein „Leitbild Kultur“ erarbeiten. Hier wollen
597 wir die Folgen der Krise für die Kulturschaffenden unserer Stadt ebenso
598 diskutieren, wie sinnvolle Förderschwerpunkte. So legen wir den Schwerpunkt für
599 eine regionale Kulturentwicklungsplanung, die hilft, Marburgs Kulturperlen auch
600 über die Stadt und den Kreis hinaus sichtbar zu machen und die es schafft,
601 blinde Flecken in der Förderung und auf der Landkarte zu identifizieren.

602 Für uns hängt Kultur immer untrennbar zusammen mit der Frage des offenen
603 Zugangs. Wir wollen die Barrieren und die Hürden zur Kultur einreißen, denn wir
604 wollen ein kulturelles Leben in Marburg, an dem alle Menschen teilhaben können.
605 Wir wollen deswegen die städtische Kulturförderung so strukturieren, dass sie
606 auch Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderung und LGBTIQ erreicht.

607 Barrierefreiheit ist also viel ganzheitlicher als nur auf die Frage der
608 baulichen Gegebenheiten des Veranstaltungsortes reduziert zu verstehen. Es
609 bedeutet auch, dass Menschen in verschiedenen Lebenssituationen ermöglicht
610 werden soll, Kultur zu erleben und den Zugang zu erleichtern. Die Angebote von

611 kultureller Bildung, die es vom Landestheater Marburg, über die Musikschulen bis
612 hin zu der Kunstwerkstatt gibt, wollen wir sichern und stärken. Auch durch
613 Digitalisierung können bestehende Barrieren im Zugang zu Kultur abgebaut werden,
614 die Stadtbibliothek sowie das Landestheater Marburg wollen wir beim weiteren
615 Ausbau ihres digitalen Angebots unterstützen. Wir wollen ein niedrighschwelliges
616 Beratungssystem erarbeiten, das sie dabei berät, erfolgreiche Förderanträge beim
617 Land, beim Bund und der EU zu stellen und es ihnen ermöglicht, ihre
618 Kulturprojekte finanziell über eine Unterstützung der Stadt hinaus abzusichern.

619 Auch Gleichstellungsaspekte reichen in das Feld der Kultur. Menschen dürfen
620 nicht von kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, weil sie keine
621 Kinderbetreuung finden. Ein „Schülerferienprogramm Kultur“, in dem wir unter
622 Führung des Jugendamtes ein Programm der kulturellen Bildung für Kinder und
623 Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu günstigen Preise auflegen, wollen
624 wir prüfen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Podien und Bühnen die
625 gesellschaftliche Realität und Diversität widerspiegeln. Die Leistungen von
626 Marburger Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbarer machen.

627 Im Landestheater Marburg wollen wir gemeinsam mit dem Land eine gute
628 Zukunftsperspektive erarbeiten. Die gemeinsame Einführung der Mindestgage war
629 ein wichtiger Schritt, um die problematische Einkommenssituation von
630 Schauspielerinnen und Schauspieler zu verbessern. Wir wollen auch für die
631 künstlerisch Beschäftigten, die schon länger angestellt sind, weiter an
632 Verbesserungen arbeiten. Auch die bauliche Perspektive wollen wir in enger
633 Abstimmung mit dem Theater und dem Land weiter prüfen und voranbringen.

634 Marburg ist eine Universitätsstadt. Das bunte studentische Leben bereichert und
635 prägt unsere Stadt. Studentische Kulturinitiativen wollen wir unterstützen, wo
636 es möglich ist. Wo es zu Konflikten zwischen Studierenden und Anwohner*innen
637 kommt, wollen wir vermittelnd tätig werden, um die Nachtruhe einerseits und die
638 Kulturangebote andererseits zu schützen. Lösungen wie die Ernennung einer/s
639 Nachtbürgermeister*in wollen wir prüfen.

640 Marburg ist ein Ort mit jahrhundertelanger Geschichte. Die Geschichte der
641 Universität wollen wir sichtbar machen und anlässlich des 500. Jubiläums der
642 Universitätsgründung vor allem auf den Teil der Geschichte verweisen, der oft
643 vergessen wird: Die Geschichten von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen, die
644 unsere Stadt in den letzten 500 Jahren geprägt haben, wollen wir zusammen mit
645 der Universität sammeln, auf geeignete Weise aufbereiten und den Marburgerinnen
646 und Marburgern, aber auch den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt in
647 moderner Form präsentieren. Insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden
648 Stadtjubiläums stehen wir für eine aktive, mehrere Perspektiven beleuchtende,
649 Erinnerungskultur und eine unerschrockene Aufarbeitung der Stadtgeschichte, wo
650 dies noch notwendig sein sollte. Gedenkinitiativen, etwa zur Geschichte Marburgs
651 während der Zeit des Nationalsozialismus und Kolonialismus, wie die
652 Geschichtswerkstatt Marburg, wollen wir unterstützen und fördern.

653 Wir GRÜNEN wollen:

- 654 • Anhebung des Kulturetats auf 5% des Gesamthaushaltes
- 655 • Dauerhaft Sichtbarkeit und Räume für Kultur insbesondere dort schaffen, wo
656 Präsenzformen eingeschränkt sind.
- 657 • Erstellung einer Kulturplanung der Stadt gemeinsam mit den
658 Kultureinrichtungen,
- 659 • Einrichtung eine Beratungsstelle für Kulturschaffende zur Generierung von
660 Fördergeldern aus Land, Bund und EU,
- 661 • Offenheit für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen
662 insbesondere durch einen stärkeren interkulturellen Dialog;
- 663 • eine bessere Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, zum
664 Beispiel durch die Stärkung kultureller Bildung und die Schaffung neuer,
665 kostengünstiger Angebote;
- 666 • einen Ausbau digitaler Kulturangebote, der an eine faire Bezahlung für
667 Kulturschaffende gebunden ist;
- 668 • Ausbau der Kinderbetreuung bei städtischen Kulturveranstaltungen;
- 669 • Förderung der Teilnahme von Schüler*innen an Maßnahmen zur kulturellen
670 Bildung;
- 671 • Auswertung bestehender Geschlechterverhältnisse vergangener
672 Kulturveranstaltungen mit dem Ziel, dass in Zukunft sowohl auf Podien als
673 auch auf den Bühnen 50% Frauen als Akteurinnen, Komponistinnen,
674 Vortragende etc. eine Selbstverständlichkeit sind. Dafür wollen wir
675 vorbildlich vorgehen und auf Podien städtischer Veranstaltungen wollen
676 wir auf eine paritätische Besetzung achten. Die Leistungen und die
677 Sichtbarkeit von Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbar machen
678 und fördern;
- 679 • insbesondere die sozio- und interkulturellen Projekte in ihrer Arbeit
680 weiter fördern und ausbauen;
- 681 • ein im Eintrittspreis integriertes ÖPNV-Ticket bei Kulturveranstaltungen
682 und VHS-Angeboten.
- 683 • den öffentlichen Raum dekolonialisieren. Wir wollen an relevanten Orten in
684 der Stadt Marburg uns kritisch mit der Kolonialgeschichte seiner
685 Bürger*innen, berühmter Persönlichkeiten und Unternehmen
686 auseinandersetzen. Hier geht es um Aufklärung, Sensibilisierung bis hin zu
687 Fragen von Umbenennung von Straßen. Dabei ist uns die Einbindung der
688 Anwohner*innen, von Experten und ein offener Diskurs mit den Beteiligten
689 wichtig. Das Thema soll auch in den bestehende Stadtführungen verankert
690 werden.

691 Lebendige Demokratie in Marburg: Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches
692 Engagement

693 Wir stehen für eine lebendige Demokratie, bei der sich die Bürger*innen in
694 unterschiedlichen Formen an der Gestaltung der Stadt und dem städtischen Leben
695 beteiligen.

696 Auch wenn sich die Formen lebendiger Demokratie vielfach überschneiden, sehen
697 wir drei Grundstrukturen der Bürger*innenbeteiligung.

698 Bürger*innenbeteiligung findet zum einen in der Form statt, dass die
699 Bürger*innen aus ihren Reihen ihre Vertreter*innen für das Stadtparlament
700 wählen. Mit der Wahl dieser Repräsentant*innen der Bevölkerung verbunden ist der
701 Auftrag, über die für die Stadt wichtigen Maßnahmen und über die dafür bereit zu
702 stellenden Mittel zu entscheiden sowie deren Umsetzung durch die Stadtregierung
703 zu kontrollieren. Alle fünf Jahre wird in der Kommunalwahl entschieden, ob die
704 zuletzt gewählten Stadtverordneten dem Auftrag der Bürger*innen entsprochen
705 haben, ob sie die Begehren und Vorstellungen der Bürger*innen hinreichend
706 wahrgenommen und in das Parlament eingebracht haben oder nicht. Entsprechend
707 wählen die Bürger*innen das neue Stadtparlament.

708 Lebendige Demokratie findet jedoch nicht nur in Form der Wahl von
709 Repräsentant*innen der Bürger*innen statt, sondern auch in Formen einer direkten
710 Beteiligung der Bürger*innen. Sie ist bisher in unterschiedlichen, oft auch
711 spontanen Formen erfolgt, wenn z.B. eine von einer geplanten Maßnahme im
712 öffentlichen Raum betroffene Gruppe sich gegen diese engagiert und dafür zu
713 Demonstrationen, Unterschriftenlisten usw. aufgerufen hat, um bei den
714 Entscheidungsträger*innen Änderungen zu erreichen. Oder es haben sich Gruppen
715 von Bürger*innen auch mit Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung oder des
716 Magistrats gebildet, die die Entwicklung bestimmter Politikbereiche kritisch
717 begleitet haben und für ihre Änderungsvorschläge auch öffentliches Gehör fanden.

718 In jüngerer Zeit geht es darum, eine systematische Struktur für
719 Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln. Wir GRÜNE wollen eine Form der
720 Beteiligung, die den Bürger*innen Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet und sie
721 nicht nur zu Empfängern von Botschaften der Stadtregierung macht und die von
722 Bürger*innen vorgetragenen Alternativen ernst nimmt und neu andenkt, denn nur,
723 wer andere Perspektiven zu verstehen bereit ist, kann sich auf demokratische
724 Aushandlungsprozesse einlassen und schafft somit eine aktive Stadtbevölkerung.
725 Für eine solche mitgestaltende Bürgerbeteiligung sind bestimmte Kriterien
726 einzuhalten.

727 Wir GRÜNEN wollen:

- 728 • eine rechtzeitige Information über wichtige Projekte und Planungen der
729 Stadt, die die Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Stadtparlament
730 erstellt, fortlaufend aktualisiert und öffentlich macht. Beispiele: große
731 städtebauliche Maßnahmen, Umweltmaßnahmen, z.B. Windkraftbau,
732 Lärmreduzierung, Radwegeausbau und andere;
- 733 • eine niedrigschwellige, barrierefreie Ansprechstelle einrichten, die nicht
734 nur für die Entwicklung und Organisation von Bürgerbeteiligungsstrukturen
735 zuständig ist und vorrangig die Interessen der Verwaltung vertritt,

- 736 sondern für alle Fragen der Bürger*innen zu diesem Komplex offen ist und
737 den Bürger*innen Antworten darauf anbietet und Vernetzungen ermöglicht;
- 738 • dass konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchgeführt werden, wenn
739 der Magistrat, die Verwaltung, das Stadtparlament, Ortsbeiräte, das
740 Kinder- und Jugendparlament, der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat, der
741 Behindertenbeirat dies beantragen. Bei Zustimmung durch das Stadtparlament
742 können dann die erforderlichen Mittel für die Durchführung des
743 Beteiligungsverfahrens bereitgestellt werden;
 - 744 • dass konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchgeführt werden, wenn
745 mindestens 1.000 Unterschriften für eine Bürgerbeteiligung bei einem
746 bestimmten Vorhaben gesammelt wurden;
 - 747 • dass bei Großprojekten, deren Planung und Umsetzung oft viele Jahre
748 dauert, nicht nur ein einmaliges Beteiligungsverfahren stattfindet,
749 sondern die Bürger*innen kontinuierlich über die verschiedenen
750 Planungsphasen hinweg beteiligt werden in Abstimmung mit sachverständigen
751 Vertretern aus dem Stadtteil und/oder in der Sache aktiven Gruppierungen;
 - 752 • dass Beteiligungsprozesse eine klare Verbindlichkeit erhalten. Durch im
753 Stadtparlament zu beschließenden Leitlinien, die festschreiben, was ein
754 Beteiligungsprozess beinhalten muss und was mit den
755 Beteiligungsergebnissen geschehen soll, muss dies sichergestellt werden.
 - 756 • dass die demokratische Teilhabe von ausländischen Mitbürger*innen
757 weiterhin durch den Ausländerbeirat gesichert ist. Die Einrichtung einer
758 Integrations-Kommission kommt für uns nicht in Frage.
- 759 Lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung findet schließlich auch in der Form
760 von bürgerschaftlichem Engagement statt. Das bürgerschaftliche, freiwillige
761 Engagement entspringt der individuellen Initiative Einzelner oder selbst
762 konstituierter Gruppen, die sich für ein von ihnen bestimmtes, dem Gemeinwohl
763 dienendes Feld engagieren, für das sie Gestaltungsbedarf, -notwendigkeit und -
764 möglichkeiten sehen und entsprechend ohne fremden Auftrag tätig werden wollen.
765 Die Entwicklung unserer Gesellschaft in allen ihren Bereichen – der Politik, der
766 Umwelt, der Kultur, dem Bereich des Sozialen, dem Sport... - ist ohne dieses
767 freiwillige, kreative, unbezahlte Tätigwerden der Bürger*innen nicht denkbar.
768 Jüngstes Beispiel dafür ist das Engagement in der Flüchtlingshilfe. Oft ist
769 dieses bürgerschaftliche Engagement der Grundstein für wichtige dauerhafte und
770 professionelle Strukturen, z.B. in der Jugendhilfe oder der Behindertenarbeit.
771 Um diese lebendige Demokratie zu erhalten, setzen wir in Zeiten erstarkender
772 antidemokratischer Kräfte auf eine stabile Finanzierung für Demokratie- und
773 Teilhabeprojekte. Dazu braucht es demokratiefördernde Bildungsangebote und
774 Extremismusprävention auch außerhalb des schulischen Kontexts.
- 775 Auf die vielen kreativen Impulse des bürgerschaftlichen Engagements für die
776 Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft wollen wir Grüne nicht
777 verzichten und die Bürger*innen dabei unterstützen.

778 Wir GRÜNEN wollen:

- 779 • die Weiterförderung der Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten von
780 Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen oder engagieren durch die
781 Freiwilligenagentur;
- 782 • kostengünstige bzw. kostenfreie Angebote für von Engagierten gewünschten
783 Fortbildungsmaßnahmen;
- 784 • die Bereitstellung von Mitteln für dem Gemeinwohl dienende
785 Freiwilligenprojekte, die nicht durch Spenden aufzubringende Kosten tragen
786 können.

787 Mobilität in Marburg: Verkehrswende gestalten

788 Organisation der Mobilität

789 Die Veränderungen in der Marburger Innenstadt und mit ihr die Entwicklung des
790 Uni-Campus Firmanei am Alten Botanischen Garten und des Uni-Campus auf den
791 Lahnbergen erfordern moderne Strategien zur zukünftigen Bewältigung des
792 Stadtverkehrs.

793 Das übergeordnete Ziel ist die erforderliche Mobilität zu ermöglichen und die
794 Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr zu verringern und die
795 bestehenden Verkehrsformen so zu organisieren, dass die schwächeren
796 Verkehrsteilnehmer gestärkt werden. Dies soll in Marburg durch ein vernetztes
797 System der einzelnen Fortbewegungsarten erreicht werden, das mit der Region
798 verknüpft ist und mit einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
799 einhergeht.

800 Hierzu ist die Einführung eines kommunalen Mobilitätsmanagements erforderlich.
801 Dieses geht über die „klassische“ Verkehrsplanung, die meist nur die einzelnen
802 Verkehrsarten nebeneinander betrachtet, hinaus. Mobilitätsmanagement soll
803 Verkehr besser organisieren und die verschiedenen Fortbewegungsarten in der
804 Stadt miteinander optimal verknüpfen und aufeinander abstimmen. Es soll auch
805 effizientes und ressourcenschonendes Mobilitätsverhalten fördern, in dem es
806 Anreize setzt und für eine klimaschonende Wahl der Verkehrsmittel wirbt. Eine
807 gezielte Organisation der Mobilität führt zu höherer Auslastung und höheren
808 Einnahmen aller öffentlichen Verkehrsträger, erspart Kraftstoff-, Stau- und
809 Parkraumkosten und reduziert bei den Kommunen die Mittel, die in Ausbau,
810 Bereitstellung sowie Instandhaltung der Straßeninfrastruktur investiert werden
811 müssen.

812 Zur Erstellung und Umsetzung eines solchen Mobilitätskonzepts fordern wir den
813 Einsatz einer*eines Mobilitätsbeauftragten.

814 Wir GRÜNEN wollen:

- 815 • ein Mobilitätskonzept für Marburg, das darauf zielt, den motorisierten
816 Individualverkehr durch ein Verkehrs-“System“ zu ersetzen, das den

817 Mobilitätsbedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen von Raum und Energie
818 möglichst gut angepasst ist;

- 819 • Bürger*innen in Mobilitätsfragen stärker beteiligen;
- 820 • Betriebe mit einer Plakette auszeichnen, die ihren Mitarbeiter*innen
821 Anreize bieten, klimaschonende Verkehrsmittel zu nutzen;
- 822 • Mobilität stärker über die Stadtgrenzen Marburgs hinaus und regional
823 gemeinsam denken. Dazu soll die Ausgestaltung eines Mobilitätskonzepts
824 gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden und dem Landkreis sowie weiteren
825 regionalen Partnern forciert werden;
- 826 • die Schaffung einer Stelle für eine*n Mobilitätsbeauftragte*n,
- 827 • die Erneuerung des städtischen Fuhrparks durch Umstieg auf e-Mobilität
828 (Ordnungsamt, DBM, Fachdienste usw.).

829 Verringerung des Autoverkehrs

830 Die letzten vier Jahre haben ein klares Bekenntnis zu einer wirksamen
831 Verringerung des Autoverkehrs vermissen lassen. Die Sanierung der Weidenhäuser
832 Brücke ohne die Markierung von Fahrradschutzstreifen zeugt davon. Stattdessen
833 hat der Verkehr auf der Stadtautobahn, insbesondere von LKWs, sogar stark
834 zugenommen und beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohnenden erheblich. Das
835 bedeutet, dass wir weiterhin Anstrengungen unternehmen müssen, um eine deutliche
836 Reduzierung des Autoverkehrs in Marburg zu erreichen. Maßnahmen wie den in den
837 vergangenen Jahren diskutierten Allnatalweg oder den Behring-Tunnel lehnen wir
838 daher entschieden ab.

839 Wir GRÜNEN wollen:

- 840 • keine zusätzlichen und keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt und
841 stattdessen eine regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der
842 Parktarife;
- 843 • den Autoverkehr in der Oberstadt, besonders in der Barfüßerstraße, weiter
844 reduzieren. Dazu sind unter anderem regelmäßige Kontrollen in der

- 845 Fußgängerzone nötig. Der Einsatz automatisch absenkbarer Poller könnte
846 dabei in einigen Bereichen ein sinnvolles Instrument sein;
- 847 • einen erneuten Anlauf für einen gemeinsamen Lieferverkehr in der Oberstadt
848 machen und gleichzeitig sicherstellen, dass weite Teile der Oberstadt auch
849 als Fußgängerzone erhalten bleiben;
 - 850 • eine Verringerung der Verkehrsflächen für den ruhenden und fließenden
851 Autoverkehr zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV;
 - 852 • das Parken in Parkhäusern gegenüber dem Parken im Straßenraum durch
853 geeignete Preisstaffelung attraktiver machen, um mehr Raum für den Fuß-
854 und Radverkehr zu schaffen;
 - 855 • für Marburg spezifische Shared-Space-Bereiche, verkehrsberuhigte Zonen und
856 Spielstraßen unter Einbeziehung des Behindertenbeirates entwickeln;
 - 857 • Anreizsysteme für die Abmeldung und den Verzicht auf PKWs einführen, z.B.
858 in Form von Förderprämien oder einem kostenlosen Jahresabo für den ÖPNV
859 sowie für die Anschaffung von E-Fahrrädern oder Lastenfahrrädern;
 - 860 • Park&Ride-Systeme (P+R) so attraktiv wie möglich gestalten, mit
861 kostenlosem Parken und kostenloser Fahrt mit dem Bus in die Innenstadt,
862 wetterfesten Warteräumen, gesicherten Radabstellanlagen, Lademöglichkeiten
863 für E-Bikes und Elektroautos und Bereitstellung von Mietfahrrädern;
 - 864 • Elektromobilität fördern und daher die notwendige Ladeinfrastruktur,
865 insbesondere auch in den Außenstadtteilen schaffen;
 - 866 • die Schaffung neuer und direkt an die B3 angebundener Parkflächen am Rande
867 der Innenstadt, z. B. an der alten Universitätsbibliothek und in der Nähe
868 des Hauptbahnhofs. Parktickets dienen dabei gleichzeitig zur kostenlosen
869 Nutzung des ÖPNV im Innenstadtbereich;
 - 870 • den Umbau der Verkehrsanbindung des Schulzentrums in der Leopold-Lucas-
871 Str. durch Schaffung von breiten Fußwegen und Sperrung der Leopold-Lucas-
872 Straße in der Zeit von 7 bis 16 Uhr für den Autoverkehr sowie eine

- 873 langfristige Umgestaltung unter Beteiligung der Schulgemeinden zu einem
874 Schul-Campus;
- 875 • Umbau der Leopold-Lucas-Straße zu einer Fahrradstraße;
 - 876 • das Carsharing als umweltverträglichste Form der Autonutzung weiter
877 fördern durch die Bereitstellung weiterer Stellplätze in der Innenstadt
878 und dort, wo sie gebraucht werden;
 - 879 • Etablierung von Carsharing auch in den Außenstadtteilen;
 - 880 • Einführung von PKW-Mitnahmesystemen (durch Apps etc.) als Ergänzung des
881 ÖPNV zur attraktiveren Versorgung der Außenstadtteile und darüber hinaus;
 - 882 • Tempolimits auf der Stadtautobahn: Tempo 80 für PKWs und Tempo 60 für
883 LKWs;
 - 884 • Tempo 30 auch auf klassifizierten Straßen in der Innenstadt und in
885 Wohngebieten z.B. Biegenstraße, Deutschhausstraße, Frankfurter Str.,
886 Unistraße, Schwanallee;
 - 887 • Einführung von temporären 30-Zonen (22 - 6 Uhr), z.B. im Marbacher Weg
888 oder in der Großseelheimer Straße;
 - 889 • Bund und Land weiter mit Nachdruck auffordern, entlang der B3 in Marburg
890 eine Lärmschutzwand zu errichten, mit transparenten Abschnitten bei
891 Brücken (z.B. am Bahnhof);
 - 892 • ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche
893 bauliche Alternativen diskutieren;
 - 894 • Marburg zur (fast) abgasfreien Stadt entwickeln.

895 Den ÖPNV noch attraktiver gestalten

896 Zur Realisierung einer ökologisch nachhaltigen Verkehrswende gehört eine
897 Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Hier steht in der
898 Entwicklung eine neue Generation von Bussen mit Elektro- und
899 Brennstoffzellenantrieb am Start. Dass der ÖPNV weiter ausgebaut werden muss und
900 dafür auch neue Wege beschritten werden müssen, lehren uns nicht nur die vollen
901 Busse, sondern auch der nach wie vor dichte PKW-Verkehr. Wir wollen die
902 Attraktivität des ÖPNVs steigern, zum einen durch Verdichtung der Taktzeiten,
903 aber auch durch eine bessere Nutzbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen.

904 Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass andere Verkehrsbetreiber, wie
905 z.B. die Deutsche Bahn, der gesetzlichen Verpflichtung der Barrierefreiheit
906 nachkommen. Der Marburger Südbahnhof muss endlich zügig barrierefrei werden! Nur
907 so ist der Bahnhof für alle Bürger*innen eigenständig ohne Hilfe Dritter
908 nutzbar.

909 Für eine Weiterentwicklung des ÖPNV in Marburg sind auch neue Ideen gefragt. Es
910 muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie der Transport der
911 wachsenden Zahl von Studierenden, Beschäftigten, Patienten/innen und
912 Besucher/innen auf die Lahnberge sowie von Arbeitnehmer*innen zu den

- 913 Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen bewältigt werden soll. Hier wollen
914 wir Lösungen finden, die schnelle Verbindungen und hohe Kapazitäten herstellen.
- 915 Es ist im Interesse Marburgs, den Ausbau des ÖPNVs auch über die Stadtgrenzen
916 hinaus zu unterstützen. Insbesondere die diskutierten Reaktivierungen der
917 Salzböde- und Ohmtalbahn haben eine große Relevanz für Marburg. Gleiches gilt
918 für einen Ausbau der Oberen Lahntalbahn.

919 Wir GRÜNEN wollen:

- 920 • eine gesteigerte Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel durch einen noch
921 attraktiveren Busverkehr;
- 922 • eine weitere Verbesserung der Taktfolge, insbesondere bei den Linien auf
923 die Lahnberge, zu den Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen, aber
924 auch in die Außenstadtteile
- 925 • eine engere Nahverkehrstaktung mindestens alle 15 Minuten in die großen
926 Stadtteile Cappel, Marbach, Ockershausen, Richtsberg und Wehrda sowie
927 mindestens alle 30 Minuten in die Außenstadtteile;
- 928 • eine bessere Bustaktung durch Überlappung der Linien innerhalb der
929 Innenstadt zur optimalen Anbindung aller Kernstadtbereiche;
- 930 • schnelle Busverbindungen zwischen den großen Stadtteilen Cappel und Wehrda
931 und der Innenstadt z.B. durch Nutzung der B3 schaffen;
- 932 • Einführung eines Ringbusverkehrs durch die westlichen Stadtteile mit
933 Anbindung des Görzhäuser Hofes und des Hauptbahnhofs.
- 934 • Einführung eines Ringbusses für die östlichen Stadtteile unter
935 Einbeziehung der Lahnberge
- 936 • Modellversuche zum fahrscheinlosen ÖPNV etablieren, um die Nutzung des
937 Busverkehrs attraktiver zu machen;
- 938 • Eine höhere Taktung auch in Tagesrandzeiten und am Wochenende, z.B.
939 samstags;
- 940 • Barrierefreiheit im System für alle. Abbau von Nutzungsbarrieren durch
941 mehr Platz für Kinderwagen, Rollatoren und Fahrräder durch größere
942 Mehrzweckbereiche in den Bussen;
- 943 • Erhöhung der Kapazitäten zur Mitnahme von Fahrrädern auf die Lahnberge und
944 in den Stadtwald;
- 945 • Einführung von Bussen der neuesten technologischen Generation (Elektro-
946 und Brennstoffzellenantrieb), sowie Erhöhung des Fahrkomforts u.a. durch
947 bequeme Sitze und funktionierende Klima- und Belüftungsanlagen;
- 948 • Wetterfeste Wartehäuschen an den Haltepunkten, Verbesserung der
949 Wartefrastruktur;
- 950 • Bessere ÖPNV-Anbindung der Außenstadtteile und Höhenlagen durch
951 abgestimmte Linienführung, Taktverdichtung und Ausbau des AST-Angebots;
- 952 • Schaffung eines kostenlos nutzbaren Nachtbusverkehrs an Wochenenden und
953 unter Einbeziehung der Stadtteile,
- 954 • eine Steigerung der Attraktivität der Buslinien und Zugstrecken, die
955 Marburg mit den Nachbargemeinden verbinden, in Zusammenarbeit mit dem
956 Landkreis und dem RMV;

- 957 • eine Verbesserung der Einbindung Marburgs in das Fernverkehrsnetz der
958 Deutschen Bahn, z.B. durch eine höhere IC- und ICE-Frequenz mit Halt in
959 Marburg;
- 960 • eine Verbesserung der Bahnverbindung nach Kassel und Frankfurt in
961 entsprechend gut ausgebauten Zügen, die insbesondere auf der Linie RE98
962 auch den hohen Passagierbedarfen gerecht werden;
- 963 • die Initiativen und Untersuchungen zur Reaktivierung der Salzböde- und
964 Ohmtalbahn und einen Ausbau der Oberen Lahntalbahn unterstützen;
- 965 • eine häufigere Durchbindung der Burgwald- und Oberen Lahntalbahn bis
966 Marburg Süd;
- 967 • Prüfung zusätzlicher Haltepunkte des Bahn-Regionalverkehrs im Bereich
968 "Marburg Mitte" auf Höhe der alten Universitätsbibliothek, in Gisselberg
969 und am Kaufpark in Wehrda.

970 Marburgs Arbeitsplatzschwerpunkte besser anbinden

971 Durch den weiteren Ausbau am Standort Görzhausen werden mehr Beschäftigte dort
972 tätig sein. Es muss gelingen, die Mitarbeiter*innen zu motivieren, nach
973 Möglichkeit auf die Nutzung des eigenen Pkws zu verzichten und statt dessen
974 Intelligente Mitfahrssysteme zu entwickeln und anzuwenden. Dafür muss der ÖPNV so
975 entwickelt werden, dass er von den Mitarbeiter*innen effektiv genutzt werden
976 kann und Entwicklung von Radwegen aus der Innenstadt und den umliegenden
977 Stadtteilen und dem Landkreis gilt es, forciert zu planen.

978 In den Fachbereichen der Universität auf den Lahnbergen und im Klinikum gibt es
979 bereits jetzt schon mehrere tausend Beschäftigte. Täglich pendeln außerdem
980 tausende Studierende zwischen Stadt und Lahnbergen. Viele Menschen aus Marburg
981 und dem Umland werden stationär oder ambulant im Klinikum behandelt. Daraus
982 resultiert bereits jetzt ein großes Verkehrsaufkommen. In Stoßzeiten
983 transportieren die Stadtbusse schon heute bis zu 600 Personen in der Stunde auf
984 die Lahnberge oder zurück. Die Parkplatzkapazitäten am Klinikum sind bereits
985 ausgeschöpft.

986 Dabei wird es nicht bleiben. Die Erweiterung des Uni-Standorts Lahnberge dauert
987 an und weitere Entwicklungsschritte befinden sich in Planung. Der Bedarf an
988 schnellen und ausreichenden Transportmöglichkeiten wird also noch zunehmen.

989 Da die Universitätsverwaltung, das Hörsaalgebäude sowie der Uni- Campus der
990 Gesellschafts- und Geisteswissenschaften sich weiterhin in der Kernstadt
991 befinden, besteht die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verbindung zwischen
992 der Kernstadt und den Lahnbergen. Diese wird durch Busse und Radverkehr allein
993 nicht erreicht werden können. Der Busverkehr auf die Lahnberge ist an seiner
994 Kapazitätsgrenze angelangt. Auch die nicht unsinnige Umstellung auf
995 Oberleitungsbusse wird die Kapazitätsprobleme nicht nachhaltig lösen können.

996 Daher ist es notwendig eine offene Diskussion über mögliche, alternative
997 Verkehrsträger zu führen, die insbesondere schnelle und attraktive Verbindungen
998 schaffen und hohe Kapazitäten ermöglichen.

999 Als einen Baustein zur Lösung dieser großen Aufgabe haben wir Grüne schon früh
1000 den Bau einer Seilbahn von der Innenstadt bis zum Klinikum auf dem Lahnbergen

1001 vorgeschlagen. Wir sind allerdings nicht auf einen einzigen Verkehrsträger
1002 festgelegt. Zentral ist die Ermöglichung attraktiver Verbindungen und hoher
1003 Kapazitäten.

1004 Fußverkehr stärken und attraktiv gestalten

1005 Zu Fuß gehen ist die natürliche und ursprüngliche Art der Fortbewegung und es
1006 ist die gesündeste. Fußgänger*innen im Mobilitätssystem der Stadt sind im
1007 Konfliktfall aber die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deshalb müssen ihre
1008 Interessen bei der Verkehrsplanung und vor allem bei der Quartiersplanung
1009 Priorität haben. Dies wollen wir weiter vorantreiben und die Interessen von
1010 Fußgänger*innen sowie die Barrierefreiheit und Freizeitaspekte bei Baumaßnahmen
1011 berücksichtigen.

1012 Außerdem gehört zur Verbesserung des Fußverkehrs die Optimierung der Durchwegung
1013 von bebauten Gebieten. Soweit dies möglich ist, sollten für Fußgänger*innen
1014 kürzere Wegebeziehungen geschaffen und die Attraktivität der Wegstrecken zu den
1015 in Marburg viel besuchten Zielen erhöht werden.

1016 Wir GRÜNEN wollen:

- 1017 • Wegebeziehungen für den Fußverkehr verbessern und den Fußgänger*innen
1018 sichtbar machen z.B. durch Schaffung weiterer Querungsmöglichkeiten;
- 1019 • die Sicherung ausreichend häufiger und langer Grünphasen für
1020 Fußgänger*innen an Ampeln;
- 1021 • die Schaffung breiter Gehwege;
- 1022 • sichere Fußwege und Treppen durch Nachrüstung mit Geländern und Markierung
1023 von Stufen;
- 1024 • die Reduzierung von Rollwiderständen zum Vorteil für Rollstuhl- Rollator-
1025 und Kinderwagennutzer*innen;
- 1026 • den weiteren Ausbau von Orientierungssystemen und Bodenleitstrukturen für
1027 die sehbehinderten und blinden Menschen in Marburg;
- 1028 • Begrünungsmaßnahmen und Schaffung bedarfsgerechter Sitzangebote;
- 1029 • Angsträume in den Wegebeziehungen abbauen;
- 1030 • die Konfliktpotenziale des Fußverkehrs mit dem Radverkehr minimieren z.B.
1031 durch Trennung der Verkehrsbereiche.;

1032 Radverkehr mit Nachdruck fördern

1033 Unser Ziel ist es, den Radverkehr in Marburg noch attraktiver zu gestalten. Dazu
1034 wollen wir das bestehende Radverkehrsnetz erweitern und verbessern. Dabei geht
1035 es vorrangig um den Alltagsverkehr zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu
1036 Veranstaltungen etc.

1037 Elektromobilität bedeutet nicht zuletzt auch die Nutzung von Pedelecs,
1038 Elektrofahrrädern und E-Lastenrädern. Diese werden von immer mehr Menschen

1039 genutzt und dafür braucht es sichere Abstellplätze und ein gut ausgebautes
1040 Radwegenetz.

1041 Der Anbindung der Stadtteile gilt unser besonderes Augenmerk. Grundsätzlich soll
1042 der Radverkehr bei allen Neuplanungen von Anfang an mitgedacht werden.

1043 Die wichtigen Ziele in der Stadt müssen durch Radwegebeziehungen verbunden
1044 werden.

1045 Die Attraktivität des Radverkehrs soll durch Mitnahmemöglichkeit der Räder im
1046 Bus, eine Erweiterung und Verbesserung der Abstellmöglichkeiten vor allem an
1047 Bahnhöfen, Haltestellen, Veranstaltungsorten usw. sowie der Sicherstellung des
1048 Winterdienstes auch auf Radwegen gesteigert werden.

1049 Wir wollen, dass der Fuß- und Radverkehr mehr Verkehrsraum in Marburg erhält.
1050 Der Weg in die Innenstadt mit dem Fahrrad oder zu Fuß muss attraktiver sein, als
1051 mit dem Auto.

1052 Wichtig zur Erreichung der Ziele ist auch eine Verbesserung des allgemeinen
1053 "Fahrradklimas" in der Stadt durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

1054 Wir GRÜNEN wollen:

- 1055 • eine direkte und beleuchtete Radverbindung von der Innenstadt zum Uni-
1056 Campus Lahnberge über den Alten Kirchhainer Weg;
- 1057 • den Ausbau des Radwegenetzes auf dem Campus Lahnberge;
- 1058 • eine attraktive und sichere Radanbindung der Pharmastandorte in Marbach
1059 und Görzhausen aus der Innenstadt und den Außenstadtteilen;
- 1060 • Fahrrad-Verbindungen durch die Schaffung von eigenständigen Radwegen zu
1061 den Arbeitsorten in der Marbach und Görzhausen: Radwege von der Emil-von-
1062 Behring-Str. nach Görzhausen; Radwege vom Rotenberg über Sellhof,

- 1063 Wehrshausen nach Görzhausen und ab dem Stadtteil Haddamshausen einen
1064 durchgehenden Radweg nach Görzhausen;
- 1065 • durchgängige, sichere Radverkehrsachsen durch die Innenstadt wie z. B.
1066 Pilgrimstein - Rudolphsplatz - Schulstraße - Wilhelmstraße – Schulzentrum;
- 1067 • mehr Sicherheit des Radverkehrs durch Trennung von Radwegen und
1068 Straßenverkehr und dort, wo es möglich ist, durch die Umwandlung bzw. den
1069 Rückbau von Straßen;
- 1070 • eine schnellstmögliche Realisierung der Lahnbrücke zwischen Afföllerwiesen
1071 und Wehrdaer Weg und deren Verbindung mit den bereits realisierten
1072 Teilstücken der Radwege im Lahnvorland;
- 1073 • die Prüfung von in Frage kommenden Straßen zur Ausweisung als
1074 Fahrradstraßen, z. B. Pilgrimstein;
- 1075 • die Verbesserung der Verbindung Heinrich-Meister-Tunnel - Zimmermannstraße
1076 – Jägertunnel;
- 1077 • eine weitere Verbesserung der Verbindung Lahnuferweg - Am Grün,
1078 insbesondere durch Sperrung letzterer Straße für den Autoverkehr;
- 1079 • die Projektierung einer neuen Radverkehrsverbindung entlang des Cappeler
1080 Berges bis zum Südbahnhof;
- 1081 • den Ausbau des regionalen Wegenetzes für den Alltags-Radverkehr zur
1082 besseren Anbindung aller Außenstadtteile und des Umlands;
- 1083 • Radschnellwege zur Stadt-Umland-Verbindung oder z.B. nach Gießen;
- 1084 • eine verstärkte Erweiterung der Ampelanlagen um Radfahrrampen. Dies trägt
1085 zum verbesserten Verkehrsablauf und zur Sicherheit des Verkehrs bei;
- 1086 • die Beschleunigung des Radverkehrs durch die Abstimmung der Grünphasen auf
1087 den Radverkehr;
- 1088 • die zügige Errichtung der geplanten Fahrradstation am Parkhaus
1089 Pilgrimstein, am Hauptbahnhof, auf dem Campus Lahnberge, an der neuen UB
1090 und an den Marburger Schulen, die wetterfest, diebstahlsicher sowie

- 1091 architektonisch und stadtgestalterisch attraktiv sind und
1092 Lademöglichkeiten für E-Fahrräder bieten;
- 1093 • einen weiteren Ausbau von Abstellanlagen und Radboxen u.a. an Park&Ride-
1094 Parkplätzen und Bushaltestellen;
- 1095 • einen verstärkten Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrräder, weil sie
1096 eine Zukunftsoption für den Verkehr im bergigen Marburg sind;
- 1097 • den Ausbau des Verleihsystems für Elektroräder;
- 1098 • die Erarbeitung von Schulwegplänen für Radverkehrs-nutzung;
- 1099 • die Förderung der Beschäftigung mit Radtechnik an Schulen (Räder für
1100 Kids), z.B. im Rahmen des Pakts für den Nachmittag;
- 1101 • die Unterstützung von Initiativen wie RADIKATE, die die Fähigkeiten von
1102 Radfahrer*innen steigern, eigenständig ihre Fahrräder reparieren zu
1103 können;
- 1104 • die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV verbessern, gerade in den
1105 Zeiten des Berufs- und Schülerverkehrs;
- 1106 • den Ausbau und die bessere stadträumliche Einbindung der Stationen des
1107 Mietrad-Systems, auch für Lastenräder;
- 1108 • die im Radverkehrsentwicklungsplan der Stadt Marburg vorgeschlagenen
1109 Maßnahmen zügig umsetzen.
- 1110 Wir Grünen in der Stadt Marburg waren von Anfang an gegen den Bau der
1111 Bundesautobahn 49 und haben dies durch verschiedene Initiativen deutlich
1112 gemacht. Leider ist die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung anderer
1113 Meinung und hat die Planungen und den Bau immer unterstützt. Wir akzeptieren die
1114 bislang erfolgten juristischen Entscheidungen, werden den Bau aber weiter
1115 kritisch begleiten, vor allem hinsichtlich der Eingriffe in den Wasserhaushalt
1116 und den Gewässerschutz. Wir unterstützen jeden friedlichen Protest und setzen
1117 uns für eine Deeskalation der Lage ein.
- 1118 Grüne Sozialpolitik in Marburg: Für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte
1119 Teilhabe
- 1120 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, Marburg als lebenswerte Stadt mit einer hohen
1121 sozialen Kultur und einem inklusiven Klima weiter zu entwickeln. Allen
1122 Bürger*innen soll die Teilhabe daran ermöglicht werden. Minderjährige,
1123 benachteiligte, ältere u.a. Menschen sollen die Hilfe und Unterstützung
1124 erhalten, die sie für ein soweit als möglich selbstbestimmtes und
1125 zufriedenstellendes Leben brauchen. Ihre individuellen Bedarfe dafür sind sehr
1126 unterschiedlich und erfordern deshalb eine Vielfalt von Hilfen und
1127 Unterstützungsmaßnahmen, die an ihren jeweiligen Möglichkeiten, Voraussetzungen
1128 und Fähigkeiten ansetzen. Gleichzeitig gilt es, auch sie vor Ausgrenzungen und
1129 Diskriminierungen zu schützen.

1130 Im Fokus unserer Politik stehen folgende Personengruppen und Bereiche:

- 1131 • Kinder und Jugendliche;
- 1132 • Menschen mit geringem Einkommen und Menschen in Notlagen;
- 1133 • Menschen mit körperlichen, kognitiven und psychischen Einschränkungen;
- 1134 • Menschen im Alter;
- 1135 • Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut nach Deutschland geflohen
1136 sind;
- 1137 • Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung;
- 1138 • Maßnahmen der Gesundheitsförderung;

1139 Kinder und Jugendliche

1140 Unser Ziel ist es, positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für junge
1141 Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu
1142 schaffen. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen beim Aufwachsen unterstützen,
1143 besonders diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft, der Einkommenssituation ihrer
1144 Familie, ihres Geschlechts oder einer Behinderung in ihrer individuellen
1145 Entwicklung benachteiligt sind. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen in
1146 Marburg verbessern, und eine zugewandte, liebevolle Erziehung in Familien, in
1147 der Kindertagesbetreuung, in der Jugendhilfe und in den familienanalogen
1148 Einrichtungen der Erziehungshilfen ermöglichen. Der Sprache als zentraler
1149 Kompetenz für Teilhabe und Zusammenleben muss in der frühkindlichen Erziehung
1150 deutlich größere Beachtung geschenkt werden. Dies gilt vor allem für die Kinder,
1151 deren Eltern aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind und kein oder wenig
1152 Deutsch sprechen. Durch umfassende Elternarbeit muss dafür gesorgt werden, dass
1153 diese Kinder Krippen und Kitas besuchen. Die Digitalisierung und soziale Medien
1154 spielen heute eine große Rolle in der Lebenswelt von Kindern und die
1155 Digitalisierung aller Lebensbereiche wird zukünftig weiter zunehmen. Die damit
1156 verbundenen Probleme werden jedoch vielfach nicht hinreichend wahrgenommen und
1157 reflektiert, wie z.B. soziale Isolation der Kinder infolge übermäßigen
1158 Medienkonsums, die Überforderung von Kindern aufgrund altersunangemessener
1159 Inhalte, die mangelhafte Qualifikation und die daraus resultierende mangelnde
1160 Fähigkeit der Erziehenden, Kinder vor Gefahren zu schützen und kritisch-
1161 konstruktiv zu begleiten.

1162 Wir GRÜNEN wollen:

- 1163 • es möglich machen, dass alle Kinder in Marburg Krippen und Kitas besuchen
1164 und insbesondere auch Kinder aus Familien, die aus Kriegs- und
1165 Krisengebieten geflohen sind;
- 1166 • deshalb zum einen die interkulturelle Qualität der privaten und
1167 öffentlichen Betreuungseinrichtungen und die erforderliche Anzahl von
1168 Plätzen sicherstellen, zum anderen eine intensive Zusammenarbeit mit

- 1169 Familien ermöglichen, die neu in Marburg sind. Dies kann in Kooperation
1170 mit Gemeinwesenprojekten oder Familienzentren erfolgen;
- 1171 • Voraussetzungen schaffen, die es allen Kindern ermöglichen sollen, ihre
1172 jeweiligen Potentiale gut zu entwickeln. Frei verfügbare Zeit und offene
1173 Räume, die ihre Neugier, ihre Phantasie und ihre Sinne anregen, die sie
1174 selbst gestalten und in denen sie sich erproben können, in denen sie
1175 Neues, auch jenseits pädagogischer Vorgaben in der Natur entdecken können,
1176 gehören dazu;
 - 1177 • daher verstärkt Aktivitäten in der Natur fördern, sowohl für Familien wie
1178 für Krippen und Kitas, weil sie in besonderer Weise zu einem gesunden
1179 Aufwachen beitragen und gleichermaßen helfen, einen wertschätzenden
1180 Umgang mit der Natur einzuüben.
 - 1181 • öffentliche Spielplätze verstärkt als Spielräume ausbauen und über die
1182 übliche Spielplatzmöblierung hinausgehende naturbezogene
1183 Gestaltungsmöglichkeiten integrieren;
 - 1184 • bei Projekten zur Erneuerung oder Modernisierung von Spiel- und
1185 Bolzplätzen und ähnlichen Einrichtungen stark auf eine Einbeziehung von
1186 Kindern und Jugendlichen sowie der Elternschaft setzen;
 - 1187 • Die gezielte Förderung der sprachlichen Entwicklung und Verständigung
1188 aller Kinder besonders jener aus Familien mit nur geringen oder keinen
1189 Deutschkenntnissen ausbauen;
 - 1190 • Qualifikationsmöglichkeiten für Erzieher*innen/Fachkräfte der
1191 Betreuungseinrichtungen in den Themenbereichen Naturerleben, Spracherwerb,
1192 Umgang mit Medien, Diskriminierung und Rassismuskritik, sowie Kenntnis und
1193 Umgang mit traumatisierten Kindern erweitern.

1194 Jugendpolitik muss verstärkt die Schulen nicht nur als Orte der
1195 Wissensvermittlung, sondern ebenso als Orte in den Blick nehmen, wo Kinder und
1196 Jugendliche einen immer größer werdenden Teil ihrer Lebenszeit verbringen,
1197 soziale Beziehungen haben und ihre Persönlichkeiten in Gemeinschaft mit anderen
1198 entwickeln. Schulen, sind auch Orte, wo individuelle Probleme aber auch
1199 Fähigkeiten und Begabungen wahrgenommen, Hilfe- sowie Förder- und
1200 Unterstützungsbedarfe erkannt und entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet
1201 werden können. Dafür muss es verstärkt Sozialpädagog*innen in den Schulen geben,
1202 erst recht vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung zur Ganztagschule. Bei
1203 allem ist allerdings auch Sorge dafür zu tragen, dass genügend Freiräume für
1204 eigenständige und pädagogikfreie jugendliche Aktivitäten offengehalten bleiben.

1205 Der im Jahr 2020 veröffentlichte Marburger Jugendbericht macht deutlich, dass
1206 die Heranwachsenden und jungen Erwachsenen sich nicht oder zu wenig von der
1207 Stadt und sogar von den für die Jugend zuständigen öffentlichen und freien
1208 Trägern wahrgenommen fühlen. Sie sehen ihre Bedarfe, ihre Fähigkeiten,
1209 Erprobungs- und Selbstgestaltungswünsche, ihre Neigungen und Vorlieben wie auch
1210 ihre Inszenierungsbedürfnisse im öffentlichen Raum ignoriert. Jugendliche
1211 brauchen offene und selbstverwaltete Räume, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen
1212 können. Ihr Freizeitverhalten insbesondere im öffentlichen Raum darf nicht
1213 kriminalisiert werden.

1214 Wir GRÜNEN wollen:

- 1215 • allen Jugendlichen einen offenen Zugang zu Teilhabe-, Erziehungs- und
1216 Bildungshilfen im Prozess des Erwachsenwerdens ermöglichen; auch ihre
1217 Familien müssen dabei einbezogen und entsprechend ihrem jeweiligen Bedarf
1218 unterstützt werden;
- 1219 • die sozialpädagogische Arbeit in Schulen, die dazu beitragen soll,
1220 individuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten bei den Kindern und
1221 Jugendlichen wahrzunehmen und die dafür erforderlichen Hilfe- sowie
1222 Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, weiter ausbauen. Die Kooperation der
1223 kommunalen Jugendhilfe mit den Gemeinwesenprojekten und anderen freien
1224 Trägern der Jugendhilfe ist dafür unabdingbar;
- 1225 • neue, vielfältige Formen der Kommunikation mit den Jugendlichen an jenen
1226 Orten, wo sie sich aufhalten - Schulen, öffentliche Plätze wie die
1227 Lahnterrassen, Sportplätze, im Internet usw. – auf den Weg bringen, um mit
1228 ihnen ihre Bedarfe und Wünsche zu klären, wie und wo diese umgesetzt
1229 werden können und wie dies möglichst ohne die bekannten Konflikte erfolgen
1230 kann;
- 1231 • sicherstellen, dass was verhandelt wurde, auch eine Umsetzung erfährt. Wir
1232 streben eine partizipative Begleitung der neuen, gemeinsam erarbeiteten
1233 Projekte durch Streetworker*innen an.

1234 Menschen mit geringem Einkommen, Menschen in Notlagen

1235 Bürger*innen, die von Transferleistungen wie Hartz IV abhängig sind, deren
1236 Einkommen unterhalb oder nur wenig oberhalb der Armutsgrenze liegt, die
1237 wohnungslos sind bedürfen oft ergänzender finanzieller Unterstützung zur
1238 Sicherung des Lebensunterhalts und für Teilnahmemöglichkeiten an den Freizeit-
1239 und kulturellen Angeboten der Stadt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die
1240 Stadt Marburg neben den bisherigen Leistungen des Stadtpasses, ergänzende
1241 Leistungen anbietet wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für
1242 die Teilnahme am kulturellen Leben, an kulturellen Veranstaltungen und an
1243 Bildungsangeboten sowie Zuschüssen zur Miete, wenn Mieterhöhungen den
1244 Wohnungswechsel erzwingen. Zugleich müssen für die Reintegration von Menschen
1245 ohne Arbeit in den Arbeitsmarkt verstärkt Weiterbildungsmöglichkeiten, Praktika
1246 usw. angeboten werden. Für Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen
1247 oder ihre Ausbildung abbrechen, gibt es bereits einige gute Ansätze, die weiter
1248 ausgebaut werden müssen.

1249 Aufgrund steigender Mieten sehen sich immer mehr Menschen in Marburg die die
1250 Wohnungslosigkeit gedrängt. Aber auch in Folge anderer Ereignisse, wie
1251 Suchterkrankung, Trennung, Räumungsklage oder der Verlust des Arbeitsplatzes,
1252 verlieren viele Menschen jährlich ihre Wohnung. Für uns ist klar: der beste
1253 Schutz vor Wohnungslosigkeit ist erschwinglicher Wohnraum für alle
1254 Marburger*innen. Darüber hinaus müssen den Bedürfnissen von wohnungslosen
1255 Menschen entsprechende Angebote, wie die gleichzeitige medizinische und
1256 psychotherapeutische Betreuung, die Bereitstellung von abschließbaren
1257 Rückzugsräumen oder die Unterbringungsmöglichkeit für Begleittiere weiter
1258 ausgebaut werden.

1259 Die Corona-Pandemie hat all diese Probleme verstärkt und erfordert eine erhöhte
1260 Aufmerksamkeit der Stadt für die wachsenden Hilfebedarfe von Marburger
1261 Bürger*innen.

1262 In Marburg gibt es nach wie vor einen großen Bedarf an kostengünstigen und
1263 barrierefreien Wohnungen. Hier müssen verstärkt öffentliche Wohnungsbau-träger in
1264 die Pflicht genommen und Anreize für private Bau-träger geschaffen werden. Dabei
1265 ist auch sicherzustellen, dass keine Gentrifizierung erfolgt.

1266 Wir GRÜNEN wollen:

- 1267 • ergänzende Leistungen für finanzschwache Marburger*innen, wie die
1268 kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für die Teilnahme an
1269 kulturellen Veranstaltungen und an Bildungsangeboten sowie Zuschüsse zur
1270 Miete;
- 1271 • den Ausbau von Unterkünften und flexibel nutzbaren Wohnungen für die
1272 zeitweise Unterbringung von wohnungslosen Menschen;
- 1273 • den Ausbau Hilfe- und Beratungsangebote auch durch aufsuchende
1274 Sozialarbeit
- 1275 • die bedarfsgerechte Sicherung des Kälteschutzes im Winter;
- 1276 • Ausbau der Zusammenarbeit mit und finanzielle Unterstützung von
1277 zivilgesellschaftlichen Trägern, z.B. beim Aus- und Umbau bestehender
1278 Unterkünfte;
- 1279 • den Ausbau des Programms zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und
1280 die Rückkehr in eine eigene Wohnung;
- 1281 • eine hohe Aufmerksamkeit für die sich in Corona-Zeiten verstärkenden
1282 Hilfebedarfe von Marburger Bürger*innen und zeitnahe Maßnahmen.

1283 Menschen mit körperlichen, psychischen und kognitiven Einschränkungen

1284 Für alle Menschen in Marburg - auch diejenigen mit körperlichen, psychischen und
1285 kognitiven Einschränkungen - muss die Chance gegeben sein, eine so weit wie
1286 möglich selbstbestimmte Lebensführung zu realisieren und aktiv am Leben in der
1287 Gesellschaft, an Freizeit- und Kulturangeboten teilzunehmen.

1288 Wir GRÜNEN wollen:

- 1289 • die dafür erforderlichen barrierefreien Infrastruktureinrichtungen in
1290 öffentlichen Bauten (z.B. die Sanitäranlagen im Erwin-Piscator-Haus), im
1291 Wegenetz, beim Wohnungsneubau und im ÖPNV voranbringen;
- 1292 • bedarfsdeckende Assistenz- und Pflegeleistungen in der Kommune absichern;
- 1293 • den bedarfsgerechten Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen mit neuen
1294 Initiativen, unterstützt durch die Stadt, erreichen;
- 1295 • dass die Bedingungen für die Teilhabe aller Menschen am politischen Leben
1296 verstärkt in den Blick genommen und alle dafür erforderlichen Maßnahmen
1297 geschaffen/bereit gestellt werden wie z.B. einfache Sprache in

1298 Verwaltungsmittelungen, leichte Sprache für Menschen mit Einschränkungen,
1299 erweiterte Zugänglichkeit für Sehbeeinträchtigte oder der Einsatz von
1300 Gebärdensprache;

- 1301 • die Umsetzung dieser Teilhabemaßnahmen soll in Kooperation und mit
1302 Unterstützung des Behindertenbeirats und anderer Gremien und Verbände der
1303 Behindertenarbeit erfolgen.

1304 Mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist die Stadt für die
1305 Altersgruppe der Kinder- und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen bis zum
1306 Schulabschluss sowie für die erst im Alter hilfebedürftig gewordenen Menschen
1307 zuständig. Damit wurden die Möglichkeiten verbessert, die Hilfeleistungen
1308 deutlicher und unbürokratischer unmittelbar an den Bedarfen der Betroffenen zu
1309 orientieren.

1310 Wir GRÜNEN wollen:

- 1311 • die Kooperation der Stadt mit den Betroffenen und den beteiligten freien
1312 Trägern für die Planung des Sozialraums und die Entwicklung der
1313 Hilfestrukturen insgesamt vorantreiben;
- 1314 • und dabei insbesondere auch die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder
1315 mit und ohne Beeinträchtigungen öffnen.

1316 Menschen im Alter

1317 Nach ihrem Erwerbsleben nehmen Bürger*innen zunehmend an der Gestaltung des
1318 sozialen und kulturellen Lebens teil. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der
1319 lebendigen und kreativen Zivilgesellschaft der Stadt. Zumeist im
1320 fortgeschrittenen Alter lassen jedoch die dafür und für die Alltagsbewältigung
1321 erforderlichen Kräfte nach. Deshalb benötigen sie dann häufig ergänzende Hilfen.
1322 Alle jüngeren Umfragen zeigen, dass sowohl behinderte als auch ältere
1323 hilfebedürftige Menschen es in großem Umfang ablehnen, in Heimen zu leben. Sie
1324 wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung oder wenigstens in ihrem
1325 bisherigen Umfeld leben.

1326 Wir GRÜNEN wollen:

- 1327 • sicherstellen, dass die für ein selbständiges Leben bei nachlassenden
1328 Kräften erforderlichen Hilfen zur Verfügung stehen;
- 1329 • dafür Sorge tragen, dass neue Initiativen für haushaltsnahe
1330 Dienstleistungen auf den Weg gebracht werden, die wohnortnah abrufbar
1331 sind, damit ältere Bürger Teil einer Nachbarschaft bleiben können;
- 1332 • statt der Schaffung neuer stationärer Einrichtungen den Ausbau ambulanter,
1333 quartiersbezogener Strukturen mit nachbarschaftlichen Hilfen und Angeboten
1334 voran treiben, um Isolation und Vereinsamung zu verhindern;
- 1335 • Begegnungs- und Engagementmöglichkeiten sowie gemeinsame
1336 Freizeitgestaltung (z.B. nach dem Bielefelder Modell) weiter ausbauen

- 1337 analog zu den bereits existierenden Nachbarschaftsprojekten und
 1338 Initiativen der Bürger(selbst)hilfe;
- 1339 • die Einführung eines Quartiersmanagements in allen Stadtteilen Marburgs,
 1340 das Treff-, Beratungs- und Hilfsangebote koordiniert und vermittelt;
- 1341 • die Entwicklung dieser Quartiersstrukturen in Kooperation und mit
 1342 Unterstützung der Ortsbeiräte und Gemeinwesenprojekte vorantreiben.
- 1343 Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut geflohen sind
- 1344 Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut nach Deutschland geflohen sind,
 1345 brauchen die Unterstützung der Stadt und der Stadtgesellschaft, besonders jene,
 1346 die krank oder traumatisiert sind. Die Integration in das Leben der Stadt und
 1347 die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens macht umfängliche Unterstützung
 1348 erforderlich. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für
 1349 eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen,
 1350 medizinische Versorgung und Bildung. Wir wollen uns für Bleibeperspektiven und,
 1351 im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, gegen Abschiebungen einsetzen.
- 1352 Neben der Grundversorgung ist eine gute Sprachförderung sehr wichtig. Sie wird
 1353 derzeit nicht ausreichend durch die mit dem Asylantrag und dem Aufenthaltsrecht
 1354 verbundenen Pflichtveranstaltungen gewährleistet. Gute Sprachförderung sollte
 1355 alle Gruppen erreichen auch jene, die wenig Kontakt zum Leben dieser Stadt
 1356 haben, nicht erwerbstätig oder in Ausbildung sind. Mögliche Orte, sie zu
 1357 erreichen könnten z.B. Krippen, Kitas, Familienzentren, nachbarschaftlichen
 1358 Frauentreffs usw. sein.
- 1359 Gleichzeitig muss aber auch jenen, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig
 1360 sind, ein spürbares Entgegenkommen in öffentlicher Einrichtungen und Ämtern
 1361 gezeigt werden. Hier sollten Verwaltungsmitarbeitende, die eine Sprache der
 1362 Geflüchteten beherrschen oder Englisch sprechen, zur Verfügung stehen. Wichtige
 1363 Dokumente sollten in verschiedenen Sprachen vorhanden sein.
- 1364 Für die Teilhabe am Leben der in Stadt, z.B. beim Sport, in der Kultur oder in
 1365 Vereinen sind neue Wege zu eröffnen wie z.B. Patenschaften oder
 1366 Vereinsmitgliedschaften. Zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens gehört
 1367 wesentlich die Erwerbstätigkeit. Dafür bedarf es vielfältiger Formen der
 1368 Unterstützung bei der Ausbildung und der Suche nach Arbeitsplätzen.
- 1369 Wir GRÜNEN wollen:
- 1370 • den Ausbau der Hilfen für Traumatisierte, vor allem für traumatisierte
 1371 Kinder und Jugendliche;
- 1372 • den Ausbau der Sprachförderung durch gezielte Angebote für spezifische
 1373 Gruppen vor allem an Orten, wo diese sich aufhalten;
- 1374 • die Förderung ehrenamtlicher Begleitstrukturen für die Verbesserung der
 1375 Teilhabemöglichkeiten am Leben der Stadt;
- 1376 • den Ausbau der Hilfen bei der Suche nach Ausbildungs- und
 1377 Arbeitsplätzen der hessischen Landesregierung und der Bundesregierung
 1378 anbieten, zusätzliche Geflüchtete über die festgelegte Quote hinaus
 1379 aufzunehmen.

1380 Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

1381 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat in Deutschland leider
1382 eine lange Tradition. Auch in Marburg sind Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe,
1383 ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder Religionszugehörigkeit, ihrer
1384 körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen, ihres Geschlechts oder
1385 ihrer sexuellen Identität vielfach Angriffen und/oder Diskriminierungen
1386 ausgesetzt. Das zeigt sich zum Beispiel durch Benachteiligungen auf dem
1387 Arbeitsmarkt, bei der Anmietung von Wohnungen und bei der Behandlung durch
1388 Behörden. Weniger wahrgenommenen, aber nicht minder beklagenswert sind Formen
1389 von Demütigungen, Herabsetzungen und Erniedrigungen, die Menschen mit
1390 Behinderung, insbesondere auch Frauen oder People of Colour mit Behinderung
1391 erfahren.

1392 Unser aller Aufgabe ist: Zusammenstehen, Hinsehen, Einschreiten. Wir müssen als
1393 Stadt, als Gesellschaft, als Individuen Antirassist*innen sein, uns aktiv gegen
1394 alle Formen der Diskriminierung und Ausschließung von Menschen aus der
1395 Stadtgesellschaft einsetzen und unsere eigene Sozialisierung dabei hinterfragen,
1396 um eine offene, rassismuskritische und tolerante Kommune zu schaffen.

1397 Eine Antidiskriminierungs- oder Ombudsstelle im Rathaus wäre ein wichtiges
1398 Instrument, um im Sinne des Art. 3 GG gegen alle Formen der Ausgrenzung
1399 vorzugehen und diese öffentlich zu thematisieren. Darüber hinaus kann sie
1400 Betroffene beraten, ihnen helfen, die für ihre Belange und Probleme zuständigen
1401 und qualifizierten Trägern/Einrichtungen zu finden und über
1402 Finanzierungsmodalitäten, Antragsstellungen usw. informieren. Die bereits
1403 durchgeführte Studie über Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen sollte
1404 ergänzt werden um eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung
1405 von Marburger*innen im Alltag und bei Behörden.

1406 Um all diese Aufgaben wahrnehmen zu können muss die interkulturelle Kompetenz
1407 der öffentlichen Bediensteten durch Fort- und Weiterbildungsangebote gestärkt
1408 werden. Bei all diesen Maßnahmen muss mit dem Ausländerbeirat kooperiert werden.

1409 Wir GRÜNEN wollen:

- 1410 • eine Antidiskriminierungs-Stelle im Rathaus einrichten, die im Sinne des
1411 Art. 3 GG gegen alle Formen der Ausgrenzung vorgeht;
- 1412 • eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung von
1413 Marburger*innen im beruflichen und außerberuflichen Alltag und bei
1414 Behörden;
- 1415 • die Entwicklung von Konzepten, die von Kindereinrichtung und Schulen
1416 genutzt werden kann, um präventiv gegen Rassismus, Diskriminierung und
1417 Ausgrenzung zu arbeiten;
- 1418 • die Förderung antirassistischer und interkultureller Initiativen z.B.
1419 indem kostenfreie kommunale Räumlichkeiten dafür zur Verfügung gestellt
1420 werden;
- 1421 • die Fortbildungsangebote für Mitarbeitende öffentlicher und privater
1422 Träger ausbauen, die die interkulturelle Kompetenz und die
1423 Sensibilisierung für Rassismus stärken.
- 1424 • in Absprache mit Betroffenenverbänden geeignete Gedenkorte für Opfer
1425 rechtsextremer und rassistischer Gewalt erarbeiten und ausbauen

1426 Maßnahmen zur Gesundheitsförderung

1427 Maßnahmen der Gesundheitsförderung dienen vor allem der Prävention. Sie
1428 betreffen alle Personengruppen der Stadtgesellschaft und dürfen sich nicht
1429 alleine auf ihre individuelle Situation beziehen, sondern auch auf die
1430 Bedingungen und Verhältnisse, in denen sie leben. Wir unterstützen einen
1431 lebensweltlichen Ansatz, der die Ungleichheit der Ressourcen der Menschen in den
1432 Blick nimmt und die Möglichkeiten der Kommune dagegen zu steuern. Geringes
1433 Einkommen, mangelnde Nutzungsmöglichkeiten von Bildungsangeboten führen auch zu
1434 ungleichen Gesundheitschancen und geringerer Lebensdauer.

1435 Hier bedarf es gezielter Maßnahmen um die Gesundheitsgefährdungen zu reduzieren.
1436 Dabei muss vor allem eine gesunde Ernährung, die körperliche Mobilität, der
1437 Zugang zu Versorgungssystemen und ihre Nutzung im Zentrum stehen.

1438 Wir GRÜNEN wollen:

- 1439 • nicht nur belehren, sondern erfahrbar machen, wie gesunde Ernährung
1440 stattfinden kann durch die Öffnung der Beteiligungsmöglichkeiten an
1441 Projekten wie „die Essbare Stadt“, die Selbsterntefelder, die
1442 interkulturelle Gärten. Die damit verbundene familiäre Selbstversorgung
1443 wirkt sich auch ökonomische aus;
- 1444 • die Möglichkeit eröffnen, dass wohnortnah Ökobauernhöfe entstehen, die
1445 nicht nur sicht- und erfahrbar machen, wie gesunde Nahrungsmittel
1446 entstehen sondern deren Produkt man auch vor Ort kaufen kann;
- 1447 • den Ausbau von Streuobstwiesen auch mit alten resistenten Sorten und ihre
1448 umfänglichere Nutzung vorantreiben und damit nicht nur die
1449 Geschmacksvielfalt der Früchte erfahrbar machen, sondern auch ein besseres

- 1450 Verständnis darüber fördern, was regionale und saisonale Versorgung
1451 bedeuten;
- 1452 • in allen Quartieren der Stadt vielfältige Bewegungsmöglichkeiten für alle
1453 Generationen schaffen, die auch zum Bewegen anregt und Kindern als
1454 Naturerfahrungsräume dienen, die sie sich selbst aneignen und „erobern“
1455 können. Undefinierte Freiflächen, wie an der Lahn haben dies bereits gut
1456 eingeleitet;
- 1457 • die vorhandenen Sport- und Bewegungsräume in Schulen, bei Vereinen u.a.
1458 besser und effizienter nutzen auch für passgenauer, attraktive und
1459 wohnortnahe Angebote und Bedarfe, um insbesondere Kindern, Jugendlichen
1460 und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen erleichterte Zugänge zu
1461 Bewegungsangeboten (vor allem auch im Winter) zu bieten und Integration zu
1462 fördern;
- 1463 • in den zentrumsfernen Stadtteilen einen erleichterten Zugang zu
1464 medizinischer, psycho- und physiologischer u.a. Versorgung schaffen durch
1465 die Bereitstellung von Räumen für ambulante Sprechstunden durch ein
1466 Netzwerk an Mediziner*innen und Therapeuten.

1467 Sportstadt Marburg

1468 Sport hält gesund, hilft Freundschaften zu schließen, stärkt das
1469 Selbstbewusstsein, steigert die (Leistungs-)Motivation und hat eine hohe
1470 Integrationskraft. Marburg als Ort des Spitzensports und Breitensports, in dem
1471 vom Bundesligaspiel bis zum Feierabend sport alles zu finden ist, hat hier eine
1472 besondere Rolle, allen Ansprüchen mit begrenzten (räumlichen) Mitteln gerecht zu
1473 werden.

1474 Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie bedeutsam individuelle Sport- und
1475 Naherholungsmöglichkeiten sind, die unmittelbar und barrierefrei für alle
1476 Menschen dieser Stadt zugänglich sind. Ein immer stärker individualisiertes
1477 Bewegungs- und Freizeitverhalten der Bevölkerung befördert die Bedeutung
1478 offener, niedrighwelliger Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum. Eine
1479 zukunftsfähige Sportpolitik muss dieser gesellschaftlichen Vielfalt gerecht
1480 werden. Teure, genormte Sporthallen sind hierzu nicht immer notwendig. Viele
1481 Marburger*innen sind nicht in Vereinen aktiv und treiben selbstorganisiert Sport
1482 (Laufstrecken, Mountainbike, Yoga, Gymnastik, Fitnesstraining, Tanz, Inliner,
1483 Fußball, etc.). Um möglichst vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder
1484 Bewegung und Begegnungen zu ermöglichen, werden wir uns für einen Masterplan für
1485 Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum einsetzen. Dieser Masterplan soll
1486 die Neu- und Umplanung von Sport- und Bewegungsflächen gemeinsam mit
1487 Bürger*innen vor Ort in den Vordergrund nehmen.

1488 Die Berücksichtigung sportlicher Freiräume im Stadtraum stellt auch neue
1489 Anforderungen an die Stadtplanung. Innerstädtische oder stadtnahe Räume, die
1490 derzeit noch im Bebauungsplan als Sport- oder Freiräume ausgewiesen sind, wollen
1491 wir GRÜNE deshalb möglichst erhalten, sichern und wo sportlich und ökologisch
1492 vertretbar, in öffentlich nutzbare Sport- und Bewegungsparks und Treffpunkte für
1493 Jugendliche und Erwachsene umwandeln. Neben der Sporttauglichkeit müssen
1494 Sportanlagen auch den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Inklusion gerecht
1495 werden.

1496 Für das spontane Mannschaftsspiel (Volleyball, Fußball etc.) werden wir uns
1497 dafür einsetzen, dass Freizeitspielfelder, die regelmäßig gepflegt werden, zur
1498 Verfügung stehen. Für den Laufsport, Inlineskating und für das (Mountain-
1499)Radfahren wollen wir Wegesysteme im Grünbereich ausweisen, um etwaige Konflikte
1500 frühzeitig gemeinsam zu bearbeiten. So gilt es insbesondere bei der sportlichen
1501 Waldnutzung alle Nutzer*innengruppen in einen Dialog zu bringen und
1502 ergebnisoffene Diskussionen zu ermöglichen. Für Sport im öffentlichen Raum
1503 wollen wir ein öffentliches, auf den Bedürfnissen der Sportler*innen angepasstes
1504 Angebot ermöglichen. Hierzu zählt u.a. das Schaffen neuer Laufstrecken, die in
1505 der dunklen Jahreszeit beleuchtet werden. Über ein im Internet aufgebautes
1506 Sportportal wollen wir der Bevölkerung alle Informationen zu Sport- und
1507 Bewegungsflächen im öffentlichen Raum umfassend zur Verfügung stellen.

1508 Für uns Grüne ist die Unterstützung des Vereinssports wichtig. Die mietfreie
1509 Nutzung der Sportanlagen durch Vereine wollen wir weiterhin beibehalten. Dabei
1510 ist insbesondere in den Wintermonaten auf die besondere Situation der räumlichen
1511 Begrenztheit der Sporthallen Rücksicht zu nehmen. Hier ist es uns wichtig,
1512 gemeinsam im Dialog die Bedarfe zu erörtern und Lösungen zu finden.

1513 Wir wollen darüber hinaus das Angebot zur Inklusion von Menschen erhöhen, indem
1514 wir in möglichst allen Sportstätten Barrierefreiheit schaffen. Außerdem ist es
1515 uns ein Herzensanliegen, die vielfältigen Angebote der zahlreichen Sportvereine,
1516 die sich für die Integration von neuzugewanderten Menschen einsetzen, weiter zu
1517 stärken.

1518 In Marburg haben wir trotz der Schließung vieler Schwimmbäder deutschlandweit
1519 immerhin noch zwei Hallenbäder. Neben dem großen Hallen- und Freibad bietet das
1520 Schul- und Lehrschwimmbad in Wehrda nach dem Ausbau sowohl vielfältige
1521 Möglichkeiten für Schulen und Vereine, als auch ein Lehrschwimmbekken, in dem
1522 das Schwimmen erlernt werden kann. Neben dem Vereinssport bietet das Bad,
1523 insbesondere an Wochenenden, Zeiten für die öffentliche Nutzung. Wir Grüne
1524 setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Zeiten im finanziell
1525 verantwortlichen Rahmen ausgeweitet werden, damit das Bad mehr genutzt werden
1526 kann.

1527 Die vorübergehende baubedingte Schließung des Hallenbads Aquamar zeigt uns, wie
1528 bedeutsam Schwimmgelegenheiten für Marburger*innen sind. Dass nun kaum
1529 öffentliches Schwimmen möglich ist, macht deutlich, wie groß der Druck in
1530 Marburg auf öffentliche und frei zugängliche Schwimmmöglichkeiten sind. Hier
1531 muss zudem mit der Neueröffnung des Aquamars ein Konzept entwickelt werden, das
1532 auch für Dauerschwimmer preiswerte Möglichkeiten findet, diese finanzielle
1533 Barriere klein zu halten. Hierfür ist insbesondere ein räumliches Konzept
1534 notwendig, das das Schwimmbecken von den Spaßbecken trennt.

1535 Darüber hinaus nehmen wir die Tatsache mit Sorge wahr, dass immer weniger Kinder
1536 und Jugendliche in Marburg schwimmen können. Das muss dringend gestoppt werden.
1537 Deshalb wollen wir prüfen, inwiefern die Stadt Marburg die Schwimmvereine darin
1538 finanziell unterstützen kann, Schwimmkurse kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
1539 Zudem wollen wir eine entsprechende städtische Kampagne auf den Weg bringen, die
1540 diese Problemstellung aufgreift und für kostenfreie Schwimmkurse wirbt.

1541 Das Wasser der Lahn sollte eine Qualität erreichen, dass das Schwimmen hier
1542 nicht gesundheitsgefährdend ist. Wir Grüne wollen das Schwimmen in der Lahn

1543 möglich machen. Schwimmen in Flüssen in Seen ist ein Naturerlebnis, das kein
1544 Schwimmbad ersetzen kann.

1545 Wir GRÜNEN wollen:

- 1546 • Ein Marburger Sportportal schaffen;
- 1547 • Einen Masterplan für Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum mit
1548 dem Ziel, gemeinsam eine zukunftsfähige Sportpolitik zu entwickeln, die
1549 vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung und Begegnungen
1550 ermöglicht;
- 1551 • Den stetigen Ausbau von Bewegungsorten in der Stadt, in Wohnquartieren und
1552 auf Grünflächen. Dabei muss das Fachwissen der Universität (Fachbereich
1553 Sportwissenschaften) und des bsj genutzt werden;
- 1554 • Förderung inklusiver Sportangebote;
- 1555 • Kostenfreie Kinder-Schwimmkurse und eine Kampagne für das Schwimmenlernen;
- 1556 • Ausweitung der öffentlichen Schwimmzeiten in Wehrda;
- 1557 • Ein Konzept für das Aquamar, das auch für Dauerschwimmer preiswerte
1558 Möglichkeiten eröffnet;
- 1559 • Einen Dialog der vielen (sportlichen) Nutzer*innengruppen des Marburger
1560 Waldes schaffen, um trotz der unterschiedlichen Interessen tragfähige
1561 Lösungen zu erarbeiten.
- 1562 • Prüfung eines Flussschwimmbades in der Lahn

1563 Stadtentwicklung in Marburg: Sozial und ökologisch

1564 Stadtentwicklung muss Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Erholung und
1565 Mobilität miteinander und vor dem Hintergrund der zentralen Herausforderung des
1566 Klimawandels denken.

1567 Zudem gilt es die vielen verschiedenen Stadtviertel, Außenstadtteile und
1568 Quartiere mit ihren jeweiligen Identitäten und Herausforderungen zu bewahren und
1569 weiterzuentwickeln.

1570 „Bauen, Bauen, Bauen“, wie von den Regierungsparteien dogmatisch propagiert, ist
1571 aus unserer Sicht weder sozial noch ökologisch nachhaltig, denn es ignoriert die
1572 sensiblen Fragen was, wo, wie und für wen gebaut wird sowie die ökologischen
1573 Folgen des Bauens – Stichwort Flächenverbrauch.

1574 Unsere Leitsätze zur Stadtentwicklung

1575 Leitlinie grüner Stadtentwicklungspolitik ist weiterhin das Credo
1576 „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Dazu sollen innerstädtische Freiflächen
1577 und Leerstände aktiviert und eine maßvolle Verdichtung unter Berücksichtigung
1578 des Erhalts von Grünflächen angestrebt werden.

1579 Eine stärkere Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen wollen wir schon aus Gründen
1580 der Reduzierung des Flächenverbrauchs ermöglichen.

1581 Sofern notwendig, soll die Ausweisung neuen Baulands in den Stadtteilen nur dort
1582 erfolgen, wo dies ökologisch verträglich und eine gute Verkehrsanbindung gegeben
1583 ist. Dabei gilt es sich an den zentralen Verkehrsachsen B3 und Main-Weser-Bahn
1584 soweit wie möglich zu orientieren.

1585 Denkbar ist vor diesem Hintergrund sowohl eine städtebauliche Entwicklung sowohl
1586 in Gisselberg als auch in Cappel. Darüber hinaus sind Planungen in Bauerbach,
1587 Moischt und Schröck aus unserer Sicht denkbar, wenngleich unter ökologischem
1588 Vorbehalt. In jedem Fall gilt es aber, vor Eintritt in Planungen, das Gespräch
1589 mit den Ortsbeiräten, als gewählten Vertreter*innen der Stadtteile, zu suchen.

1590 Die laufenden Planungen am Hasenkopf im Stadtwald und am Oberen Rotenberg in
1591 Marbach wollen wir unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten gestalten.
1592 Eine über die aktuell beplanten Flächen hinausgehende Bebauung lehnen wir ab.

1593 Jedwede Baumaßnahmen müssen mit dem in Marburg gebotenen Maß an Ästhetik,
1594 Sensibilität und Augenmaß erfolgen. Insbesondere die vielen stadtbildprägenden
1595 Ensembles und denkmalgeschützten Einzelbauten bedürfen einer besonderen
1596 Berücksichtigung bei künftigen Planungs- und Bauvorhaben.

1597 Die Arbeit des Beirat für Stadtgestaltung und des Denkmalbeirates sind
1598 unverzichtbarer Bestandteil der Sicherung einer qualifizierten Baukultur in
1599 Marburg. Die konstruktive Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Architektur in
1600 Marburg muss auch über die Beiräte hinaus durch Informations- und
1601 Diskussionsplattformen abgesichert werden.

1602 Neben der Pflege des historischen Stadtbildes sind Wege in der Stadtgestaltung
1603 erforderlich, die von den Bedürfnissen der Bewohner*innen, ökologischer
1604 Verträglichkeit und sozialer Ausgewogenheit geprägt sind.

1605 Die städtebauliche Planung soll allen Lebenslagen der Bürger*innen gerecht
1606 werden. Dabei spielt Barrierefreiheit eine zentrale Rolle.

1607 Wir GRÜNEN wollen:

- 1608 • eine nachhaltige Planungspolitik, die eine soziale und ökologische
1609 Entwicklung unserer Stadt gewährleistet;
- 1610 • dafür Sorge tragen, dass das historische Stadtbild erhalten bleibt;
- 1611 • dass die hohe Lebensqualität sowie gesunde Lebensverhältnisse in allen
1612 Teilen der Stadt weiter entwickelt werden;
- 1613 • dass gleichzeitig die Aspekte des sozialen Zusammenlebens und der
1614 Barrierefreiheit berücksichtigt werden, im privaten und im öffentlichen
1615 Raum;
- 1616 • uns dafür einsetzen, dass Magistrat und Parlament ihre Planungshoheit
1617 aktiv nutzen, um Marburgs Stadtentwicklung sozialökologisch zu gestalten;
- 1618 • in diesem Zusammenhang Grundstücke, die in städtischer Hand oder im
1619 Eigentum ihrer Gesellschaften sind, im Erbbaurecht zur Verfügung zu
1620 stellen;
- 1621 • dafür Sorge tragen, dass im Rahmen der Planung eine umfängliche
1622 Beteiligung der Bürger*innen, insbesondere in den betroffenen Quartieren
1623 und Stadtteilen, sowie der jeweiligen Ortsbeiräte stattfindet;
- 1624 • Initiativen der Zivilgesellschaft und die „Agenda 21“-Arbeitsgruppen
1625 stärker und frühzeitig an Stadtentwicklungsprozessen beteiligen werden;
- 1626 • eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch mehr
1627 Begrünung, Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten;
- 1628 • mehr kostenlos nutzbare, öffentliche Toiletten (beschildert und
1629 barrierefrei);
- 1630 • Lebensqualität auch durch Sauberkeit, Müllvermeidung und zuverlässige
1631 Abfallentsorgung erhöhen.

1632 Innenstadtentwicklung

1633 Marburgs Zentrum hat im Rahmen vielfältiger Prozesse in den vergangenen Jahren
1634 sein Gesicht verändert. Die Universität hat ihren neuen Campus Firmani eröffnet
1635 mit positiven Effekten auf das Campusviertel und die nördliche Altstadt. Diesen
1636 Veränderungen und Effekten müssen städtebauliche Maßnahmen folgen, die den
1637 veränderten Verhältnissen und Strukturen gerecht werden.

1638 Darüber hinaus erleben wir in den innerstädtischen Ortsbezirken eine zunehmende
1639 soziale Entmischung und Verdrängungseffekte. Um die systematische
1640 Verunmöglichung von bestimmten Wohnformen durch bauliche Veränderungen oder die
1641 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie Zweckentfremdung zu
1642 unterbinden, muss die Stadt regulierend u.a. durch Erhaltungssatzungen oder eine
1643 Ferienwohnungssatzung eingreifen, damit auch in den Innenstadtlagen (Miet-
1644)Wohnraum für Familien und Senioren gesichert bzw. geschaffen werden kann und
1645 auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, z.B. Hausgemeinschaften, nicht verdrängt
1646 werden.

1647 Wir GRÜNEN wollen:

- 1648 • eine maßvolle Verdichtung der Innenstadtbebauung durch bauliche
1649 Ergänzungen und Aufstockungen unter Berücksichtigung der Erhaltung von
1650 Grün- und Freiflächen einerseits und Wohnqualität andererseits;
- 1651 • durch baurechtliche Maßnahmen wie Erhaltungssatzungen die städtebauliche
1652 Gestalt und die soziale Durchmischung in den innerstädtischen Quartieren
1653 erhalten und fördern;
- 1654 • die Errichtung eines Verkehrsknotens Mitte an der alten UB mit einem
1655 verbessertem ÖPNV-Anschluss an die Innenstadt und die Lahnberge;
- 1656 • die Errichtung eines Verkehrsknotens Nord auf dem Afföllergelände vor dem
1657 Café Trauma zur Entlastung der Nordstadt;
- 1658 • ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche
1659 bauliche Alternativen diskutieren;
- 1660 • den seit längerem geplanten Umbau des Rudolphsplatzes endlich angehen;
- 1661 • uns für eine stärkere Umwandlung von bislang gewerblich genutzten Gebäuden
1662 und Arealen für den Wohnungsbau einsetzen;

1663 Entwicklung der Außenstadtteile

1664 Wir setzen auch in Zukunft auf starke Außenstadtteile mit eigener Infrastruktur
1665 und gewachsenen Strukturen. Das Leben in den Stadtteilen muss für alle
1666 Generationen und Gruppen der Gesellschaft attraktiv sein. Wir wollen deshalb die
1667 Stadtteile in den Bereichen Wohnen, Leben, Einkaufen und Arbeiten weiter
1668 stärken. Für den Bezug zur Innenstadt sind die Sicherung und der verstärkte
1669 Ausbau einer umweltverträglichen Verkehrsanbindung der Stadtteile zwingend
1670 erforderlich. Dafür müssen Angebote geschaffen werden.

1671 Der Grundsatz des Erhalts und der Förderung der Biodiversität gilt für uns auch
1672 mit Blick auf die Außenstadtteile. Daher gilt für uns auch hier der Grundsatz
1673 „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, um dem drohenden Leerstand in den
1674 Ortskernen der Außenstadtteile zu begegnen. Vor allem aber bietet sich so die
1675 Chance, die historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für
1676 einen Zuzug attraktiv zu machen. Vor allem aber bietet sich so die Chance, die
1677 historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für einen Zuzug
1678 attraktiv zu machen. Dabei ist der Dialog mit den Ortsbeiräten, dem
1679 Denkmalschutz und den Kaufinteressierten zu begleiten, um die jeweiligen
1680 Interessen in einem guten Miteinander zusammenzuführen.

1681 Es ist nicht nachhaltig, Neubaugebiete und unbebaute Flächen im Innenbereich der
1682 Stadtteile zu bebauen, wenn gleichzeitig ältere Liegenschaften zunehmend weniger
1683 genutzt werden und leerfallen.

1684 Wir GRÜNEN wollen:

- 1685 • wohnortnahe Infrastruktur erhalten und erweitern;
- 1686 • Baulandausweisung nur dort, wo es ökologisch und verkehrlich verträglich
1687 ist;
- 1688 • die Nutzung leer stehender Häuser und Höfe in den Ortskernen durch
1689 Förderprogramme attraktiver machen;
- 1690 • preiswerten Mietwohnraum in den Außenstadtteilen z.B. für Familien
1691 schaffen;
- 1692 • unnötigen Flächenverbrauch und die damit einhergehende Versiegelung
1693 verhindern;
- 1694 • die sozialstrukturellen Bedingungen im Rahmen von
1695 Städtebauförderprogrammen in den verschiedenen Stadtteilen weiter
1696 verbessern.

1697 Umwelt, Natur und Klima in Marburg schützen

1698 Der zentrale Leitgedanke grüner Politik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Für
1699 die Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik muss dies selbstverständlich ganz
1700 besonders gelten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und unsere
1701 Kinder bewahren. Dazu müssen wir die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und
1702 Luft, das Klima und die biologische Vielfalt aktiv schützen.

1703 Die aktuell dringendsten Probleme stellen dabei die Klimakrise und das rasante
1704 Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten dar. Wir möchten, dass auch wir hier
1705 in Marburg Verantwortung für diese globalen Herausforderungen annehmen und
1706 unseren Teil zur Lösung dieser Probleme beitragen. Klimaschutz und Artenschutz
1707 müssen deshalb Schwerpunkt unseres umweltpolitischen Handelns sein.

1708 Doch auch bei uns werden die Auswirkungen der Klimakrise inzwischen mehr und
1709 mehr spürbar. Auf den Feldern, in den Wäldern und teilweise auch schon an
1710 unseren Stadtbäumen sind die Auswirkungen der längeren Trockenperioden zu sehen.
1711 Besorgniserregend sind dabei vor allem auch die sinkenden Grundwasserstände in
1712 den Einzugsgebieten unserer großen Trinkwassergewinnungsanlagen. Auch dem Thema
1713 Wasser muss daher künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daher wollen wir
1714 als GRÜNE ein wirksames Wasser-Ressourcen-Management entwickeln und einführen.

1715 Klimaschutz

1716 In 2015 verpflichtete sich die Weltgemeinschaft in Paris, die Erhitzung unseres
1717 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5
1718 Grad“ zu halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen,
1719 wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Gleichzeitig veröffentlichte der
1720 Weltklimarat die Erkenntnis, dass die Atmosphäre nur noch eine bestimmte Menge
1721 an CO₂ (maximal 600 Giga-Tonnen (Gt)) aufnehmen kann, wenn die anzustrebende
1722 1,5-Grad-Marke gehalten werden soll. Wenn wir dieses so genannte CO₂-Budget
1723 bereits aufgebraucht haben, bevor wir es geschafft haben, unsere jährlichen
1724 Nettoemissionen auf null herunter zu fahren, dann wird die Temperatur
1725 unweigerlich über die angestrebten 1,5 Grad und später dann auch über die
1726 weitaus riskanteren 2 Grad hinaus ansteigen. Die Klimakatastrophe wird dann

1727 nicht mehr zu verhindern sein. Daraus wird deutlich, wie wichtig es ist, so
1728 schnell wie möglich zu handeln, um eine möglichst große Reduktion unserer
1729 jährlichen CO₂-Emissionen zu bewirken.

1730 Leider zeigen die für Marburg vorliegenden Daten, dass die CO₂-Emissionen in
1731 Marburg in den letzten Jahren nicht gesunken sind. Mehr noch, klimapolitische
1732 Beschlüsse, die wir GRÜNE in der bis 2016 in der Marburger
1733 Stadtverordnetenversammlung bestehenden Koalition mit den zögerlichen
1734 Sozialdemokraten fassen konnten, wie etwa das umfangreiche Sanierungsprogramm
1735 „Sozialer Klimaschutz am Richtsberg“ oder die energetische Sanierung kommunaler
1736 Liegenschaften nach einer seinerzeit beschlossenen Prioritätenliste, wurden von
1737 der aktuellen Regierungskoalition aus SPD, CDU und BfM unter Führung des
1738 sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies nicht mehr umgesetzt.

1739 Erst die aus der Gesellschaft heraus entstandene Klimaschutzbewegung konnte den
1740 notwendigen öffentlichen Druck erzeugen, der die Politik erkennen ließ, dass es
1741 sich bei der Klimakrise um einen Notstand handelt, was schließlich in dem von
1742 der Stadtverordnetenversammlung entsprechend gefassten Beschluss zur Ausrufung
1743 des Klimanotstandes zum Ausdruck kam. Umso schlimmer ist es, dass nach dem
1744 Notstandsbeschluss seitens der Stadtregierung erst einmal ein ganzes Jahr lang
1745 nichts passiert ist.

1746 Die Zeit, in der wir uns noch hätten aussuchen können, wo und wie wir am
1747 bequemsten die CO₂-Emissionen senken können, ist längst verstrichen. Wir müssen
1748 nun vielmehr gemeinsam alles tun, was wir können, um den Energieverbrauch und
1749 die damit verbundenen CO₂-Emissionen zu senken und all das, was wir nicht
1750 einsparen können, so weit wie möglich durch Erneuerbare Energien zu ersetzen.
1751 Auch hier gilt: Je früher und schneller, desto besser. Je langsamer und später,
1752 desto drastischer werden die Maßnahmen und Einschnitte sein müssen.

1753 Deshalb müssen wir als Gesellschaft primär dort ansetzen, wo die größten CO₂-
1754 Einsparpotenziale vorhanden sind. In Marburg sind dies eindeutig die mit dem
1755 Heizenergieverbrauch verbundenen Emissionen.

1756 Wir GRÜNEN wollen:

- 1757 • für private Immobilienbesitzer mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten
1758 und zusätzlichen finanzielle Fördermitteln die notwendigen Anreize
1759 schaffen, um die energetische Sanierungsquote deutlich zu erhöhen und
1760 damit die CO₂-Einsparung deutlich zu beschleunigen;
- 1761 • Wohnungsbaugesellschaften durch abgewogene Zuschüsse in die Lage
1762 versetzen, deutlich schneller und mehr Gebäude warmmietneutral energetisch
1763 zu sanieren, Mieter*innen mit niedrigem Einkommen sollen nicht die Kosten
1764 für die CO₂-Einsparung tragen müssen;
- 1765 • die Analysen der Energieverbräuche und Einsparpotenziale nach den
1766 aktuellen und einheitlichen Standards durchführen, um die Hebel präziser
1767 beschreiben zu können, wo wirkungsvolle Maßnahmen ansetzen müssen;
- 1768 • ein regelmäßiges Monitoring einführen, das die Wirksamkeit der Maßnahmen
1769 erkennen lässt und dadurch ein Nachjustieren erst ermöglicht. Denn ohne

- 1770 definierte Zwischenziele und Mechanismen zum Nachsteuern wird der Weg zur
1771 Klimaneutralität zum Blindflug;
- 1772 • ein Sofort-Programm zur Energieeinsparung und der Nutzung bzw. Erzeugung
1773 Erneuerbarer Energien für Private Hausbesitzer und kleine Unternehmen
1774 auflegen. Diese Fördersummen sollen technikunabhängig an der Menge
1775 eingesparten CO₂s bemessen werden. Die Förderung soll zunächst 35 € pro
1776 Tonne eingesparten CO₂s betragen. Zur Ermittlung der Gesamteinsparung
1777 einer Maßnahme wird die jährliche Einsparung mit der technischen
1778 Nutzungsdauer multipliziert. Ein solches Förderprogramm wirkt sich auch
1779 belebend für die lokale Wirtschaft aus und stützt damit gleichzeitig
1780 heimische Arbeitsplätze;
- 1781 • den Ausbau der Windenergie auf den im Regionalplan vorgesehenen
1782 Vorranggebieten wieder vorantreiben. Denn ohne die Windenergie - sie ist
1783 die mit großem Abstand die effizienteste und kostengünstigste Form,
1784 Erneuerbare Energien zu nutzen - werden wir es in Marburg nicht schaffen,
1785 den Strom, den wir verbrauchen, klimaneutral zu machen;
- 1786 • die Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen verbessern. Dazu gehört es,
1787 für Privateigentümer*innen und Unternehmen Hindernisse zu beseitigen,
1788 zusätzliche Anreize zu schaffen und die diese auch offensiv zu bewerben;
- 1789 • die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Solarenergie stärken. Das bereits
1790 unter rot-grün beschlossene Klimaschutzteilkonzept muss endlich umgesetzt
1791 werden;
- 1792 • mit Hilfe der Stadtwerke einen Ersatz für auslaufende EEG-
1793 Einspeisevergütungen für Anlagen schaffen, damit der Weiterbetrieb von
1794 Solarenergieanlagen für die Eigentümer kein Verlustgeschäft wird;
- 1795 • praktikable Modelle für Mieterstrom entwickeln, damit die gesetzlichen
1796 Fördermöglichkeiten auch wahrgenommen werden;
- 1797 • Hauseigentümer*innen wollen wir Hilfestellung bei der Antragstellung für
1798 PV-Anlagen durch die Stadt und durch die Stadtwerke geben;
- 1799 • Musterlösungen für Balkon-PV im Geschosswohnungsbau mit der GeWoBau
1800 entwickeln, um zusätzliche Potenziale für Photovoltaik zu nutzen und an
1801 denen sich alle Wohnungsbauunternehmen in Marburg auch rechtssicher
1802 orientieren können;
- 1803 • die städtischen Nahwärmenetze so ausbauen, dass Altbauten, die nicht
1804 energetisch auf den neusten Stand zu bringen sind, angeschlossen werden
1805 können;
- 1806 • dass städtische Neubauten soweit möglich nur noch aus Holz bzw.
1807 nachwachsenden Rohstoffen errichtet werden.
- 1808 • mit den Marburger Unternehmen einen Pakt initiieren und schließen, in dem
1809 diese eine Selbstverpflichtung eingehen, das Marburger Ziel der Klima
1810 Neutralitäts zu unterstützen und für ihr eigenes Unternehmen anzustreben.

1811 Nicht zuletzt muss die gesamte Stadtentwicklungsplanung die Klimaschutzziele
1812 berücksichtigen. Planungen, die den Zielen des Klimanotstandsbeschlusses vom
1813 Juni 2019 entgegen laufen, müssen gestoppt oder geändert werden.

1814 Das Artensterben stoppen

1815 Die Stadt Marburg kann eine Menge zur Bewahrung der Biologischen Vielfalt
1816 beitragen. Wir möchten vor allem solche Maßnahmen besonders vorantreiben, die
1817 sowohl der Förderung von sogenannten Habitatstrukturen als auch der Anpassung an
1818 die Klimakrise bewirken. Das wird nicht zuletzt dem Freizeitwert und der
1819 Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes für die Marburger*innen dienen.
1820 Beispielhaft für solche Maßnahmen sind die weitere Renaturierung der Lahn in der
1821 Stadt und die bessere Vernetzung und Aufwertung des vorhandenen Stadtgrüns. Das
1822 Ziel besteht darin, die Lebensmöglichkeiten für Pflanzen, Tiere und Insekten
1823 nachhaltig zu verbessern, und Schutzräume nach und nach auszuweiten und zu
1824 verbinden. Hierzu wollen wir konsequent die Möglichkeiten und Fördermittel der
1825 „Biodiversitätstregie Hessen“ der Landesregierung nutzen.

1826 Wir GRÜNEN wollen:

- 1827 • die Renaturierung der Lahn im innerstädtischen Bereich, die bei vielen
1828 Marburgern wegen ihres Freizeitwertes Wohlgefallen findet und für die
1829 Marburg bundesweite Anerkennung fand, nach Süden hin fortsetzen;
- 1830 • Reparaturmaßnahmen am Grüner Wehr, sofern nötig, und die Anlage einer
1831 Fischaufstiegshilfe so durchführen, dass weder die naturnahen
1832 Uferbereiche, noch der denkmalgeschützte, stadtbildprägende Charakter des
1833 Wehres beeinträchtigt werden. Wenn dazu umfangreiche Neuplanungen
1834 erforderlich werden, dann sollen diese in transparenten und
1835 nachvollziehbaren Planungsschritten unter kontinuierlicher
1836 Bürger*innenbeteiligung erfolgen, damit verlorenes Vertrauen wieder
1837 entstehen kann;
- 1838 • dass die Renaturierungen besonders der Zuflüsse zur Lahn verstärkt
1839 konzipiert und umgesetzt werden. Die Renaturierung der Allna soll einen
1840 wichtigen Schwerpunkt darstellen;
- 1841 • im Außenbereich grüne Biotope schaffen und vernetzen, in denen sich
1842 gefährdete Arten wohlfühlen können. Insellösungen von Schutzgebieten
1843 reichen alleine nicht aus. Beispielhaft ist die Vernetzung der
1844 unterschiedlichen und wertvollen Biotope auf dem Marburger Rücken mit
1845 denen des Allnatales;
- 1846 • gemeinsam mit Hausbesitzern und Kleingärtner*innen die vielfältigen
1847 innerstädtischen Lebensräume der Gärten für Pflanzen, Insekten und
1848 Kleintiere - insbesondere vor dem Hintergrund der Problematik von Stein-
1849 und Schottergärten - aufwerten;
- 1850 • Habitataufwertungen im Bereich der im Regionalplan für das Gebiet der
1851 Stadt Marburg ausgewiesenen Schwerpunkträume zum Schutze

- 1852 windkraftempfindlicher Vogelarten (wie Rotmilan und Schwarzstorch) als
1853 aktiven Beitrag zum Erhalt dieser Arten durchführen;
- 1854 • innerhalb der kommenden 10 Jahre 25 % der stadteigenen Waldflächen in
1855 Naturwälder umwandeln. Durch die jüngsten Trockenjahre freigestellte
1856 Flächen sollen unverzüglich wiederbewaldet werden;
- 1857 • öffentliche Parkanlagen ökologisch umgestalten;
- 1858 • dass in der Stadt Flächen nur noch versiegelt werden dürfen, wenn dem
1859 entsprechend Flächen entsiegelt werden. Es sollen außerdem Flächen
1860 identifiziert werden, die perspektivisch ohne Anlass entsiegelt werden
1861 können;
- 1862 • Umweltbildung und freie Träger der Umweltbildung fördern;
- 1863 • Ökolandbau und deren gemeinschaftliche Vermarktungsstrukturen
1864 unterstützen;
- 1865 • Initiativen, die innovative Projekte gemeinwohlorientierter Ökonomie oder
1866 solidarischer Landnutzungsformen vorantreiben, fördern;
- 1867 • Projekte, die eine Neudefinition des Wachstums- oder Wohlstandsbegriffes
1868 jenseits des BIP zum Ziel haben, unterstützen.

1869 Trinkwasser, Grundwasser, Brauchwasser – Integriertes Wassermanagement in
1870 Marburg

1871 Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass wir infolge der Klimakrise unseren
1872 Umgang mit Wasser grundlegend ändern müssen. Geringere Niederschlagsmengen,
1873 längere Dürreperioden, Starkregeneignisse und sinkende Grundwasserspiegel
1874 haben für uns alle bedeutsame Folgen:

1875 Durch die geringeren Regenmengen der vergangenen Jahre sind auch in großen
1876 Trinkwassergewinnungsgebieten des Zweckverbandes der Mittelhessischen
1877 Wasserwerke (ZMW) die Grundwasserstände stark gesunken. Diese Entwicklung wurde
1878 durch Verkauf von Trinkwasser in das Rhein-Main-Gebiet verstärkt. Die
1879 Auswirkungen des A49-Weiterbaus sind noch nicht für uns abzusehen. Aber die
1880 Äußerungen aus dem ZMW lassen nichts Gutes erahnen. Wir müssen daher aktive
1881 Vorkehrungen treffen, damit unser Trinkwasser nicht knapp wird. Die Stadt
1882 Marburg muss ihre Gestaltungsmöglichkeiten im geschäftsführenden Vorstand des
1883 ZMW endlich in diesem Sinne wahrnehmen.

1884 Die langen Dürreperioden haben dazu geführt, dass viele Bäume im Stadtgebiet zum
1885 Teil schwer geschädigt wurden. Die Stadtbäume wollen wir nachhaltig mit Wasser
1886 in solchen Perioden versorgen, ohne dass dadurch die Trinkwasserversorgung in
1887 Mitleidenschaft gezogen wird. Besonders im Jahr 2018 haben wir zweimal erleben
1888 müssen, dass unser Abwassersystem nicht in der Lage war, bei Starkregen die
1889 großen Regenmengen aufzunehmen. In den Straßen stand das Wasser und Kanaldeckel
1890 wurden hoch gedrückt.

1891 Wir Grüne wollen diese Folgen der Klimakrise nicht einzeln angehen. Eine
1892 nachhaltige Lösung dieser Probleme wollen wir durch ein integriertes
1893 Wassermanagement lösen, das uns in den kommenden Jahrzehnten vor

1894 Trinkwassermangel, Baumsterben und Schäden durch Starkregen schützen kann. Wir
1895 Grüne wollen die Stadt vor Schäden schützen, wir wollen zunehmend weniger
1896 Trinkwasser für das alltäglichen Brauchwasser nutzen. Denn dafür ist es viel zu
1897 wertvoll.

1898 Wir GRÜNE wollen:

- 1899 • den Bau von stadteigenen Regenwasserauffangzisternen, um Regenwasser
1900 sammeln zu können, mit dem wir besonders im Sommer Stadtbäume und
1901 wertvolle Grünflächen wässern können;
- 1902 • ein Stadtbaummanagement entwickeln, das unsere städtischen Bäume nachhaltig
1903 schützt;
- 1904 • ein städtisches Programm auflegen, das private Hauseigentümer*innen
1905 unterstützt, wenn sie eigene Zisternen bauen und daraus z.B. ihr tägliches
1906 Brauchwasser z.B. für die Toiletten entnehmen;
- 1907 • die Erarbeitung von Programmen, die den Eintrag von Bodengiften wie Nitrat
1908 und Mikroorganismen in Böden oberhalb der Trinkwassergewinnungsgebiete wie
1909 in Michelbach verhindern;
- 1910 • den Einfluss der Stadt Marburg nutzen und den Zentralverband der
1911 Mittelhessischen Wasserwerke (ZMW) nach ökologischen Kriterien neu
1912 ausrichten;
- 1913 • ein Monitoring einrichten, das die Verschmutzung der Lahn mit
1914 multiresistenten Keimen beobachtet, und ein Konzept erarbeiten, solche
1915 Verschmutzungen zu verhindern.

1916 Plastik schadet der Natur – egal in welcher Form

1917 Das Erdölzeitalter hat uns nicht nur die Verbrennungsmotoren und damit die
1918 Klimakrise beschert. Aus Erdöl gewonnene Kunststoffe beeinträchtigen als
1919 Plastikmüll und Mikroplastik mittlerweile überall auf der Welt Natur und Umwelt.
1920 Ja, Mikroplastik findet sich auch schon in unseren Körpern. Die Bilder von
1921 Plastikinseln auf den Meeren und verendeten Fischen haben uns aufgeschreckt.

1922 Da hilft aber kein Verweisen auf Berlin oder Brüssel. Wir Grüne wollen hier vor
1923 Ort konsequent gegen die schädlichen Folgen gegen die Plastikflut mit allen
1924 ihren Folgen kämpfen.

1925 Wir GRÜNEN wollen:

- 1926 • mit aufklärenden Kampagnen und Förderprogrammen Anreize für all diejenigen
1927 schaffen, die naturverträgliche Alternativen zum Plastik im privaten und
1928 geschäftlichen Leben entwickeln und nutzen wollen;
- 1929 • ein konsequentes Anwenden kommunaler rechtlicher Möglichkeiten, um die
1930 Abgabe von Einmalverpackungen aus Plastik nachhaltig zu beenden. Mit

1931 städtischen Satzungen wollen wir die Abgabe von Einmalverpackungen oder -
 1932 besteck aus Plastik konsequent verbieten;

1933 • die stetige Förderung von kostenlosen Trinkwasserstellen sowie die
 1934 Verwendung von Mehrwegbechern

1935 • eine kommunale Strategie entwickeln, um den Eintrag von Mikroplastik in
 1936 unsere Böden und Gewässer nachhaltig zu reduzieren. Dabei wollen wir zügig
 1937 die Ursachen angehen, die wir kommunal haben (z.B. Verkehrsverminderung
 1938 zur Reduzierung des Reifenabriebs, Aufklärungskampagnen zur Vermeidung von
 1939 Mikroplastik durch Kleidungsmittel);

1940 • den Ausbau und die Erweiterung der städtischen Kläranlage um die 4.
 1941 Klärstufe, damit dort wirkungsvoll Mikroplastik herausgefiltert werden
 1942 kann;

1943 • im Rahmen des Abwassermanagement verhindern, dass der auf den Straßen
 1944 angesammelte Reifenabrieb bei Starkregen direkt in die Lahn fließt.

1945 Tiere schützen

1946 Tiere sind nicht nur ein essenzieller Bestandteil unserer Ökosysteme. Als
 1947 Lebewesen haben sie für uns Grüne einen besonderen Schutzstatus: Sei es in
 1948 freier Wildbahn oder in den diversen Haltungsformen durch die Menschen. Wir
 1949 setzen daher auf umfassende Konzepte, welche gemeinsam mit freien Trägern aus
 1950 dem Umwelt- und Tierschutz umgesetzt werden.

1951 Wir GRÜNEN wollen:

1952 • die Errichtung einer städtischen Beratungsstelle für Tierschutz und
 1953 Haltungsfragen;

1954 • eine Auffangstation für Wildtiere;

1955 • die Einrichtung betreuter Taubenschläge im Stadtgebiet;

1956 • Kastrationsaktionen für verwilderte Katzen;

1957 • Alternativen zu Pestiziden im Bereich Grünflächen;

1958 • Bildungsangebote für Kindergärten und Grundschulen, bspw. zu heimischen
 1959 Wildvögeln schaffen;

1960 • die Beratung ortsansässiger Höfe bei der Umstellung auf Biolandbau und
 1961 artgerechte Haltung;

1962 • die Bereitstellung von Drohnen für den Ackerbau sowie Chipreader;

1963 • den Dialog mit der Universität zur Verringerung/Ersetzung von
 1964 Tierversuchen;

1965 • vegetarisch-vegane Essensangebote bei sämtlichen städtischen
 1966 Veranstaltungen.

1967 Wirtschaft und Finanzen nachhaltig gestalten

1968 Eine gute lokale Ökonomie braucht gute Rahmenbedingungen. Marburg wird geprägt
1969 von der Philipps-Universität, dem Universitätsklinikum und den pharmazeutischen
1970 Unternehmen am Behring-Standort; neben diesen größten Arbeitgebern haben eine
1971 Vielzahl anderer Unternehmen und Dienstleister ihren Sitz in Marburg und tragen
1972 ebenso wie die zahlreichen Schulen und Aus- und Weiterbildungsstätten zu einem
1973 guten Ausbildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort bei. Dabei ist die Vielzahl
1974 von Vereinen und Initiativen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich
1975 nicht nur wichtig für unsere Lebensqualität, sondern auch überaus wichtiger
1976 Beschäftigungssektor.

1977 Für den Erhalt und den Ausbau wirtschaftlicher Unternehmen in Marburg müssen wir
1978 in fairem Miteinander die guten Rahmenbedingungen dort, wo es möglich ist,
1979 verbessern. Schwachpunkte müssen analysiert und es muss gemeinsam nach Lösungen
1980 gesucht werden.

1981 Universität und Klinikum

1982 Die Philipps-Universität, ihre Studierenden und Beschäftigten sowie nicht
1983 zuletzt ihre Bauten prägen unsere Stadt und ihr Erscheinungsbild. Vieles hat
1984 sich in den vergangenen Jahren getan. Der neubezogene Campus Firmani mit der
1985 neuen Universitätsbibliothek bis hin zur andauernden Erweiterung des Campus
1986 Lahnberge zeugen von der dynamischen und positiven Entwicklung unserer
1987 Universität. Diese Entwicklungen wollen wir weiter konstruktiv begleiten und
1988 mitgestalten sowie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für eine weiter
1989 prosperierende Entwicklung schaffen. In diesem Sinne wollen wir den Weg, der mit
1990 dem Masterplan Lahnberge zu gehen begonnen wurde, weiter an der Seite der
1991 Universität beschreiten.

1992 Insbesondere die Infrastrukturentwicklung zur Verbesserung von Forschung und
1993 Lehre auf dem Campus Lahnberge ist vor diesem Hintergrund von besonderer
1994 Bedeutung. Zudem wollen wir gemeinsam mit dem Land und der Universität eine
1995 nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Standorts in der Wilhelm-Röpke-Straße
1996 vorantreiben, um diesen zentral gelegenen Ort für die Zukunft zu entwickeln.

1997 Das Universitätsklinikum ist und bleibt der zentrale Ort der medizinischen
1998 Versorgung in der Universitätsstadt Marburg und einer der größten Arbeitgeber
1999 der ganzen Region.

2000 Dieser Bedeutung wollen wir auch in Zukunft Rechnung tragen und im Interesse
2001 unserer Stadt, gemeinsam mit Geschäftsleitung und Personalvertretung des
2002 Klinikums den universitätsmedizinischen Gesundheitsstandort weiterentwickeln.

2003 Wir setzen uns in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Betriebsrat und der
2004 Geschäftsleitung im Sinne der Beschäftigten und den Patient*innen für gute
2005 Beschäftigungsbedingungen an unserem Klinikum ein. Wir unterstützen die
2006 Beschäftigten in ihrem Engagement dafür. Aktuell beobachten wir große
2007 Verunsicherung durch den Weiterverkauf des bereits vor fünfzehn Jahren
2008 privatisierten Universitätsklinikums und dessen Folgen für die
2009 Personalsituation.

2010 Unsere Bewertung der Entscheidung, das Klinikum zu privatisieren, hat sich nicht
2011 verändert. Wir waren und sind gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, da
2012 diese maßgeblichen Einrichtungen der Daseins- und Gesundheitsvor- und -fürsorge
2013 in staatlicher Hand bleiben müssen.

2014 Wir hätten das Universitätsklinikum nicht privatisiert. Aber diese Entscheidung
2015 lässt sich auf städtischer Ebene nicht korrigieren. Es ist vielmehr die
2016 Kompetenz des Bundes, die insgesamt unzureichende Finanzierung des
2017 Gesundheitswesens und insbesondere der Krankenhäuser dringend nach zu justieren.

2018 Wir wollen auf städtischer Ebene die qualitative Weiterentwicklung unseres
2019 Klinikums, des Gesundheits- und medizinischen Forschungsstandorts vorantreiben
2020 und insbesondere die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen.

2021 Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Präsidium der Philipps-Universität,
2022 sowie der Geschäftsleitung und den Vertreter*innen der Beschäftigten des
2023 Universitätsklinikums einerseits und den politischen Gremien der Stadt
2024 andererseits ist essentiell für das Gelingen einer nachhaltigen und
2025 strategischen Entwicklung. Nur so können die Herausforderungen der Zukunft
2026 angepackt und Lösungen gefunden werden.

2027 Pharmastandort

2028 Die Pharmastandorte Görzhäuser Hof und Marbach sind von zentraler wirtschaftlicher
2029 Bedeutung für unsere Stadt. Ein Großteil der Arbeitsplätze für viele Menschen
2030 aus Marburg und dem Umland werden dort zur Verfügung gestellt und auch
2031 finanziell sind die Pharmaunternehmen mit ihrem Gewerbesteueraufkommen
2032 lebenswichtig für unsere Stadt.

2033 Bereits in der Vergangenheit war uns ein guter Austausch zwischen der Stadt und
2034 den Unternehmen am Behring-Standort wichtig. Unser Ziel war es dabei, den
2035 Standort zu stärken und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen, die dort
2036 arbeiten, aber auch derjenigen, die im Umkreis leben, im Blick zu haben. Dieser
2037 Dialog muss im Sinne der Unternehmen, der Beschäftigten und der Menschen in der
2038 Region weitergeführt werden.

2039 Zur Standortstärkung gehört im Rahmen einer guten Infrastruktur auch die gute
2040 Erreichbarkeit der Standorte mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Rad.
2041 Jobtickets sowie ÖPNV- und Radwegeausbau müssen daher hohe Priorität haben.
2042 Darüber hinaus sind bestehende Konzepte zur nachhaltigen Gestaltung der
2043 Standortflächen wie auch der Produktionsprozesse (u.a. Energiewende,
2044 Wassermanagement) weiterzuführen und konkrete Zukunftsstrategien zu vereinbaren,
2045 die allen Beteiligten – Unternehmensleitungen, Beschäftigten und Stadtpolitik
2046 bzw. -verwaltung – Transparenz und einen Handlungsrahmen bieten.

2047 Die gewerbliche Entwicklung am Görzhäuser Hof sollte daher auch der
2048 Zukunftsfähigkeit des Pharmastandortes unter Einbeziehung sozialer und
2049 ökologischer Kriterien dienen und entsprechend ausgestaltet werden.

2050 Gewerbeflächenentwicklung

2051 Marburgs Topographie stellt auch die Gewerbeflächenentwicklung vor große
2052 Herausforderungen.

2053 Die noch vorhandenen und potentiellen Flächen müssen daher sorgfältig sowohl für
2054 die Ansiedlung neuer Unternehmen als auch als Ersatzflächen für in Marburg
2055 ansässige Betriebe verwendet werden, die aus eigenem Wunsch ihren Standort
2056 ändern wollen. Letzterem kommt in den nächsten Jahren eine sehr hohe Bedeutung
2057 zu, wenn die Wohnungsnachfrage anhält und Teile von ehemaligen innerstädtischen
2058 Gewerbeflächen einer Mischnutzung zugeführt werden.

2059 Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die zunehmende Bedeutung des
2060 Klimawandels muss die Reduzierung des Flächenverbrauchs und der -versiegelung im
2061 Fokus der künftigen Gewerbeflächenentwicklung stehen.

2062 In diesem Sinne wollen wir Dienstleistungsgewerbe und Einzelhandel nach
2063 Möglichkeit im Rahmen von Mischgebieten, gemeinsam mit Wohnnutzungen z.B. durch
2064 Aufstockungen ermöglichen.

2065 Flächen für produzierendes Gewerbe wollen wir nach Möglichkeit primär in
2066 verkehrsgünstiger Lage entlang der B3 und der Main-Weser-Bahn ansiedeln, um
2067 Verkehrsbelastungen in Wohngebieten zu vermeiden und eine optimale und
2068 attraktive Erreichbarkeit zu gewährleisten.

2069 Bei der Schaffung von Gewerbeflächen muss in Zukunft aber auch verstärkt die
2070 interkommunale Zusammenarbeit greifen. Gemeinsam mit Marburgs Nachbargemeinden
2071 können Gebiete erschlossen werden, die zwar außerhalb Marburgs aber dennoch
2072 stadtnah liegen, gut angebunden sind und deren gewerbliche Entwicklung Marburg
2073 und den Nachbarkommunen gleichermaßen Vorteile bringt, Flächenfraß vermeidet und
2074 ruinöse Standortkonkurrenzen mindert.

2075 Bei der zukünftigen Ausweisung wie auch im Bestand wollen wir die ökologische
2076 Nachhaltigkeit von Gewerbegebieten stärker in den Blick nehmen. Dazu wollen wir
2077 ökologische Gewerbegebiete in Marburg entwickeln und Bestandsgebiete ökologisch
2078 umgestalten. Dazu wollen wir Anreize schaffen und Kooperationen mit den
2079 Unternehmen herstellen.

2080 Einzelhandel

2081 Marburg ist Einkaufsstadt und touristische Attraktion. Die Einkaufsstadt mit der
2082 Oberstadt und den dort angesiedelten zahlreichen gastronomischen Betrieben als
2083 unverwechselbarem Kleinod und Zentrum bietet einmaliges Flair, das mit einer
2084 guten Stadtgestaltung und einem individuellen Angebotsmix erhalten bleiben muss.
2085 Investitionen in das Umfeld sind ebenso wichtig wie gemeinsam mit dem
2086 Einzelhandel getragene kulturelle und touristische Aktionen, die Publikum
2087 anziehen. Hierzu zählen neben Einkaufswochenenden auch attraktive Wochenmärkte,
2088 die an ihren Standorten gestärkt und mit klarem Profil regionaler Produktion
2089 ausgebaut werden müssen.

2090 Entsprechend der von der Stadt in Auftrag gegebenen Einzelhandelsstudie muss zur
2091 Aufrechterhaltung der vorhandenen Innenstadtlagen und der Einzelhandelsstruktur
2092 Wert darauf gelegt werden, dass keine Flächen für großflächigen Einzelhandel
2093 außerhalb der Innenstadt entstehen. Die jetzige Struktur mit der Innenstadt
2094 einerseits und den Gewerbegebieten Cappel und Wehrda einerseits hat sich bewährt
2095 und darf nicht geschwächt werden.

2096 Für die Attraktivität der Innenstadt - insbesondere der Oberstadt – fordern wir
2097 ein Quartiersmanagement, das schnell gemeinsam mit dem Handel auf Leerstände und
2098 andere Fehlentwicklungen reagieren kann.

2099 Finanzen, Steuern und Abgaben

2100 Bund und Land müssen Kommunen angemessen ausstatten. Die Kommunen sind für ihre
2101 vielfältigen Aufgaben inhaltlich gut aufgestellt - auch die Stadt Marburg. Für
2102 viele Aufgaben fehlt es aber an der notwendigen Finanzierung durch den Bund und
2103 das Land. Wir fordern daher, dass der Bund und die Länder die kommunale Ebene so

2104 gut ausstatten, dass vor Ort genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die momentane
2105 Situation führt z.B. dazu, dass ärmere Städte und Gemeinden strukturell nicht
2106 genügend in den Erhalt ihrer Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Bäder,
2107 Sportanlagen, Straßen etc.) investieren können, glücklicherweise ist hiervon
2108 Marburg derzeit nicht betroffen .

2109 Die Finanzpolitik der Stadt muss sich verstärkt an den Erfordernissen des
2110 Klimaschutzes und des sozialen Zusammenhalts orientieren und
2111 Investitionsfähigkeit bei gleichzeitiger finanzieller Nachhaltigkeit
2112 gewährleisten. Eine kommunale „schwarze Null“ lehnen wir ab. Eine solche Politik
2113 beraubt der Stadt Handlungsspielräume, um auf veränderte ökonomische,
2114 ökologische und soziale Rahmenbedingungen reagieren zu können. Wir setzen uns
2115 dafür ein, dass städtische Ausgaben und Einnahmen in einem vernünftigen
2116 Verhältnis stehen. Wir treten für eine solide Absicherung unserer Aufgaben in
2117 den Bereichen Kinderbetreuung und Schule ein; ferner stehen wir dafür, dass die
2118 erreichten Standards in den sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen der
2119 Stadt aufrecht erhalten und ausgebaut werden und dass die Stadt hierfür auch
2120 ausreichend freiwillig Leistungen aufwendet.

2121 Neue Projekte und Initiativen oder die Ausweitung der Zuschüsse an bestehende
2122 Initiativen bedürfen aber immer der Prüfung, ob die Stadt ein solches Engagement
2123 auch dauerhaft tragen kann. Nur mit einer soliden Finanzpolitik kann die Stadt
2124 gemeinsam mit Vereinen und Initiativen unsere erreichten Standards auch
2125 verlässlich sichern.

2126 Alternatives Wirtschaften

2127 Solidarische Ökonomie ist für uns ein wichtiger und zu stärkeender Aspekt des –
2128 auch kommunalen - Wirtschaftens. Solidarökonomische Projekte stellen die
2129 Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt bzw. versuchen, ökologisch und
2130 sozial sinnvoll zu sein und zielen nicht auf das Erwirtschaften maximaler
2131 Rendite. Darüber hinaus basieren sie auf der Idee, dass alle Menschen als Teil
2132 der Gesellschaft sinnvolle und nützliche Beiträge für den Fortschritt der
2133 Menschheit leisten können.

2134 In Marburg gibt es eine Vielzahl von Projekten, die - z.B. als schon lange
2135 bestehende Projekte der Beschäftigungsförderung - sich das Ziel der
2136 Wiederverwendung von Produkten, der Reparatur von Dingen oder dem Tauschgedanken
2137 verschrieben haben. Daneben gibt es viele Ansätze wie den Weltladen, RADIKATE,
2138 Gartenwerkstatt, Freiwilligenagentur, interkulturelle Gärten, SoLaWi,
2139 Repaircafé, Plunderwunder u.v.a., die mit ganz unterschiedlichen Ansätzen das
2140 Ziel verfolgen, in Marburg im besten Sinne nachhaltig zu sein und gleichzeitig
2141 auch die Ziele einer gerechten und solidarischen Welt im Blick zu haben. Wir
2142 Grüne wollen solche Ansätze stärken und gezielt auf kommunaler Ebene fördern, da
2143 sie nicht nur ein wichtiger Faktor für Beschäftigung und Ausbildung in unserer
2144 Kommune sind, sondern weil die solidarische Ökonomie auch das Potential hat, die
2145 Postulate einer Finanz- und Wachstumsökonomie, die der Realität zunehmend
2146 weniger standhalten, zu überwinden.

2147 Daneben stellt die wachsenden Anklang findende Idee der Gemeinwohl-Ökonomie eine
2148 Möglichkeit dar, Kriterien und Kennzahlen zu entwickeln, um den Wert einer
2149 Unternehmung für das Allgemeinwohl zu messen. Diesen Ansatz wollen wir
2150 unterstützen und auf die lokale Wirtschaft übertragen helfen. Unsere städtischen
2151 Betriebe sollten hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

2152 Wohnen in Marburg: Bezahlbar und barrierefrei

2153 Marburg ist eine wachsende und moderne Stadt mit historischem Kern und hoher
2154 Lebensqualität.

2155 Wie auch viele andere Universitätsstädte sorgt die wachsende Attraktivität auch
2156 in Marburg für ein steigendes Mietniveau, dem in den vergangenen Jahren trotz
2157 allem Beschwören von Seiten der rot-schwarzen Stadtregierung nicht wirksam etwas
2158 entgegengestellt wurde, obwohl die Landesregierung finanzielle Mittel in nie da
2159 gewesener Höhe bereitstellt. Sie müssen vor Ort genutzt werden!

2160 Wir wollen bezahlbare Mieten für unterschiedliche Bedürfnisse und damit die
2161 soziale Durchmischung in unseren Quartieren und Stadtteilen sicherstellen. Neben
2162 geförderten Wohnungen umfasst dies Wohnungen für Familien mit Kindern und
2163 Alleinerziehende, junge Wissenschaftler*innen, Angestellte und Arbeiter*innen
2164 deren Einkommen knapp oberhalb der Einkommengrenzen für Sozialwohnungen liegen.
2165 Dies muss auch für barrierefreie Wohnungen für ältere und behinderte Menschen
2166 gelten. In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften müssen auch für diese
2167 Personengruppe angemessene Wohnungen geschaffen werden.

2168 Mit Hilfe unterschiedlicher Instrumente und Initiativen wollen wir in
2169 bestehenden Quartieren bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten. Mit dem
2170 Milieuschutz wollen wir Verdrängung durch bauliche Veränderungen und die
2171 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern, wenn dies der sozialen
2172 Durchmischung entgegensteht. Durch den Ankauf von Belegungsrechten sollen
2173 Sozialwohnungen erhalten und im Bestand neu geschaffen werden.

2174 Der Neubau von Wohnungen in Marburg ist in Teilen notwendig, muss aber
2175 ökologisch verträglich und bezahlbar sein. Dazu soll die Quote für geförderten
2176 Wohnungsbau in Marburg erhöht werden und bei jedem Bauprojekt ausnahmslos
2177 gelten. Unsere städtische GeWoBau wollen wir weiter stärken und sie mit einem
2178 Mietendeckel zum Flaggschiff der sozialen Wohnraumversorgung in Marburg machen.
2179 Darüber hinaus wollen wir in Kooperation mit weiteren gemeinnützigen
2180 Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Haus- oder Baugemeinschaften den
2181 Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken.

2182 Marburg benötigt weiterhin mehr preiswerten Wohnraum für die hohe Zahl von
2183 Studierenden. Dazu gehören Wohnheime, private Zimmer, Wohnungen für
2184 Wohngemeinschaften, aber auch innovative Formen studentischen Wohnens wie „Alt-
2185 Jung-Projekte“ oder selbst organisierte Projekte z.B. Syndikatsmodelle.

2186 Unterstützen wollen wir auch innovative Ideen für preisgünstigen Miet- und
2187 Eigentumswohnbau, insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen. Gleiches
2188 gilt für das Mehrgenerationenwohnen.

2189 Die energetische Modernisierung insbesondere der älteren Mehrfamilienhäuser ist
2190 ein wichtiges soziales Ziel und ein zentraler Baustein im Klimaschutz. Zugige
2191 Fenster, eine mangelhafte Fassadendämmung und alte Heizungen sind der Grund für
2192 hohe Energiekosten und für gesundheitsgefährdende Schimmelbildungen. In unserer
2193 Regierungszeit bis 2016 haben wir ein Klimakonzept für die Gesamtstadt
2194 erarbeitet und in der Folge das kommunales Förderprogramm „Sozialer Klimabonus“
2195 für den Marburger Richtsberg aufgelegt. Wir wollen erreichen, dass die Mieten
2196 auch dann noch sozial stabil bleiben, wenn hocheffizient saniert wird.
2197 Allerdings: Das Förderprogramm ist ein Angebot an die Wohnungsbaugesellschaften:
2198 Sie müssen handeln.

2199 Wir GRÜNE wollen:

- 2200 • eine verstärkte Förderung des sozialen und preiswerten Wohnungsbaus;
- 2201 • dafür Sorge tragen, dass für Personen und Familien mit geringerem
2202 Einkommen hinreichend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht;
- 2203 • in Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften den Bedarf an preiswerten
2204 barrierefreien Wohnungen decken;
- 2205 • keine Privatisierung, sondern eine Stärkung unserer städtischen GeWoBau;
- 2206 • keine Privatisierung von Wohnungen der gemeinnützigen
2207 Wohnungsbaugesellschaften;
- 2208 • eine Deckelung der Kaltmieten bei der GeWoBau in Höhe von 7,50 Euro/m²
2209 einführen;
- 2210 • die Quote für geförderten Wohnungsbau (Sozialquote) auf mind. 30 Prozent
2211 erhöhen;
- 2212 • zur Versorgung mit Wohnungen für einkommenschwache Bevölkerungsschichten
2213 vermehrt Belegungsrechte für Sozialwohnungen ankaufen;
- 2214 • Verdrängung/Gentrifizierung durch Instrumente wie den Milieuschutz
2215 entgegenwirken;
- 2216 • innovative und gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Haus-
2217 oder Baugemeinschaften stärken und fördern, z.B. mit einem Fonds für
2218 gemeinschaftliche Wohnprojekte;
- 2219 • die energetische Modernisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes;
- 2220 • die Förderung der energetischen Modernisierung privaten Wohnraums;
- 2221 • die Ausweitung des Wohnungsangebots für Studierende;
- 2222 • die Wohnraumberatung der Stadt stärken und die Zuständigkeit für alle
2223 Fragen der Wohnraumversorgung bündeln.